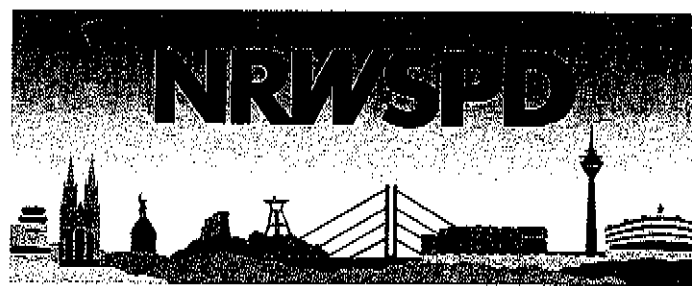


**Außerordentlicher Parteitag.
03. Februar 1990.**



Siegerlandhalle, Siegen.

Protokoll

**Wir in Nordrhein-Westfalen:
Wir werden wieder Nr. 1!**

Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Landesvorsitzende Christoph Zöpel eröffnete den außerordentlichen Landesparteitag und begrüßte die Anwesenden.

Konstituierung

Es wurden vorgeschlagen und gewählt bzw. bestätigt:

Wahl des Präsidiums

| | |
|----------------------|-----------------------------|
| Anke Brunn | Bezirk Mittelrhein |
| Hermann Heinemann | Bezirk Westliches Westfalen |
| Antje Huber | Landesvorstand |
| Werner Kanne | Bezirk Ostwestfalen-Lippe |
| Walter Nienhagen | Unterbezirk Siegen |
| Regina Schmidt-Zadel | Bezirk Niederrhein |

Wahl der Mandatsprüfungskommission

| | |
|---------------------|-----------------------------|
| Berthold Boden | Bezirk Westliches Westfalen |
| Ulrich Everding | Bezirk Ostwestfalen-Lippe |
| Ferdi Franke | Kontrollkommission |
| Hanna Kästner | Bezirk Mittelrhein |
| Elisabeth Krumbein | Bezirk Niederrhein |
| Wilfried Mittelberg | Kontrollkommission |
| Herbert Nilges | Kontrollkommission |
| Erwin Stahl | Kontrollkommission |
| Rainer Verhoeven | Kontrollkommission |

Wahl der Zählkommission

| | |
|---------------------|-----------------------------|
| Manfred Heldt | Bezirk Niederrhein |
| Ferdi Franke | Kontrollkommission |
| Ralf Josten | Bezirk Niederrhein |
| Marianne Kerner | Bezirk Mittelrhein |
| Brigitta Kraft | Bezirk Ostwestfalen-Lippe |
| Manfred Lucas | Bezirk Mittelrhein |
| Ursula Metz | Bezirk Westliches Westfalen |
| Wilfried Mittelberg | Kontrollkommission |
| Renate Riesel | Bezirk Westliches Westfalen |
| Herbert Nilges | Kontrollkommission |
| Erwin Stahl | Kontrollkommission |
| Rainer Verhoeven | Kontrollkommission |

Bestätigung der Antragskommission

| | |
|-------------------------|-----------------------------|
| Franz-Josef Antwerpes | Bezirk Mittelrhein |
| Gabriele Behler | Bezirk Ostwestfalen-Lippe |
| Gerhard Benner | Bezirk Westliches Westfalen |
| Heidi Berger | Bezirk Niederrhein |
| Jürgen Büssow | Bezirk Niederrhein |
| Stefan Frechen | Bezirk Mittelrhein |
| Reinhard Grätz | Landesvorstand |
| Ulrike Merten | Bezirk Ostwestfalen-Lippe |
| Franz Müntefering | Bezirk Westliches Westfalen |
| Marita Rauterkus | Bezirk Mittelrhein |
| Ilse Ridder-Melchers | Landesvorstand |
| Robert Schumacher | Bezirk Niederrhein |
| Angelica Schwall-Düren | Bezirk Westliches Westfalen |
| Horst Steinkühler | Bezirk Ostwestfalen-Lippe |
| Christoph Zöpel (Vors.) | Landesvorstand |

Beschlußfassung über

a) Tagesordnung

b) Geschäftsordnung

Tages- und Geschäftsordnung wurden wie folgt angenommen:

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch Christoph Zöpel
2. Konstituierung des außerordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Zählkommission
 - d) Bestätigung der Antragskommission
3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
5. Beratung und Beschlußfassung über das Landtagswahlprogramm und die vorliegenden Anträge
6. Schlußwort.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken beziehungsweise Unterbezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Zum Landtagswahlprogramm fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen und Delegierten sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt. Antragsfristen waren der 24.01.1990 (Posteingang: 25.01.1990) und 01.02.1990 per Adresse Landesbüro. Antragsschluß für Initiativanträge zum Landtagswahlprogramm ist der 03. Februar 1990, 12.00 Uhr. Alle übrigen Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken. Auch für diese Initiativanträge ist der 03. Februar 1990, 12.00 Uhr, Antragsschluß.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter/innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Anwesenheit von 290 stimmberechtigten Delegierten wurde festgestellt.

Beratung und Beschlußfassung über das Landtagswahlprogramm und die vorliegenden Anträge

Wolfgang Hahn-Cremer führte einleitend aus:

„Genossinnen und Genossen,

nach dem eindeutigen Vertrauensbeweis für unseren Spitzenkandidaten geht es nun darum, von ihm ausgehend unserer Partei auch eine klare inhaltliche Perspektive für den Wahlkampf zu geben. Dazu hat die Programmkommission des Landesvorstandes in fast 40 Stunden einen Vorschlag erarbeitet, den der Landesvorstand in zwei Sitzungen gründlich diskutiert und in vielen Punkten noch einmal inhaltlich gewichtet hat. Das Ergebnis dieser Beratungen liegt Euch heute zur Entscheidung vor.

Am Anfang unseres Wahlprogramms stehen drei zentrale Botschaften, die in den nachfolgenden Kapiteln des Wahlprogramms konkretisiert werden. Ich darf diese Botschaften, Genossinnen und Genossen, noch einmal kurz zitieren.

Sie lauten:

1. Wir in Nordrhein-Westfalen nutzen unsere wachsende Wirtschaftskraft für wirksamen Umweltschutz. Wir wollen unser Land schöner und gesünder machen. Bis 1995 soll unser Land die grünste Industrieregion der Welt sein. Mit unserer Erfahrung wollen wir Entwicklungen vorantreiben, die auch anderen Hilfen sind.
2. Wir in Nordrhein-Westfalen sind das soziale Gegengewicht zu unsozialen Entwicklungen, ob sie von Bonn oder von Brüssel ausgehen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind weltoffen und tolerant.
3. Mit der Verteidigung klarer Verhältnisse verteidigen die nordrhein-westfälischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch die guten Traditionen dieser Region. Damit aus Überzeugungen Politik wird. Deshalb gehören Nordrhein-Westfalen und die SPD zusammen.

Diese Botschaften, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir in insgesamt 16 Kapiteln zu konkretisieren versucht. Grundlagen für dieses Wahlprogramm waren der beschlossene Leitartikel A 1 des Kölner Parteitag und die weiteren dort beschlossenen Anträge zu den inhaltlichen Vorstellungen der Partei zur zukünftigen Landespolitik.

Wir sind bei den Überlegungen zum Wahlprogramm von den Wahrnehmungen der Menschen, und nicht nur von unseren Grundsätzen ausgegangen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, und nicht allein hier, empfinden Kriminalität zunehmend als Gefahr. Unsere Botschaft sind Aussagen zur Bekämpfung dieser Kriminalität, basierend auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und der Bürgerrechte.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen nehmen das gegliederte Schulsystem an. Deshalb findet Ihr im Wahlprogramm auch Aussagen zum Gymnasium, weil wir der Meinung sind, daß wir das Gymnasium nicht den Konservativen überlassen dürfen. Wir haben Reformen begonnen und wollen diese fortsetzen, ohne dabei die Gesamtschule aufs Spiel zu setzen. Das ist die Botschaft unseres Wahlprogramms.

Spitzenkandidat und Wahlprogramm sind das Pfund, mit dem wir in den nächsten 99 Tagen des Wahlkampfes „wuchern“ wollen. Dabei geht es um klare Aussagen getreu dem Zitat aus Jesaja: ‚Eure Rede sei ‚Ja, Ja‘ oder ‚Nein, Nein‘ und alles, was darüber ist, ist von Übel‘.

An diesen klaren Aussagen werden wir gemessen und wollen wir gemessen werden. Ich wünsche uns eine spannende Diskussion, denn die SPD in Nordrhein-Westfalen wählt nicht nur eindeutig, sondern sie ist auch eine Partei der Diskussion.

Danke.“

Im Anschluß wurde der Entwurf des Landtagswahlprogramms abschnittsweise aufgerufen und in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Änderungsanträge behandelt. Er wurde im vorliegenden Wortlaut einstimmig bei zweifacher Enthaltungen beschlossen. (Das Vorwort von Johannes Rau war nicht Bestandteil der Beschlußfassung.)

Die weiter vorliegenden Anträge wurden wie folgt behandelt:

| Antrag-Nr. | Antragsteller | Betreff | Beschluß des Landesparteitages |
|------------|------------------------------------|--|---|
| A 7 | UB Unna | Moderne Kohlepolitik für Europa – Entschließung – | Annahme (einstimmig). |
| A 8 | OV Köln-Urbach/ Grenge/Elstdorf | Transrapid | Erledigt durch Beschlußfassung auf dem 10. ordentlichen Landesparteitag am 18.11.1989 in Köln. |
| A 9 | UB Dortmund | Wahlkampfkosten- erstattung für Kommunalwahlen | Überweisung an den Landesvorstand bei Streichung der Maßgabe der Übernahme in das Landtagswahlprogramm. |
| I 1 | Initiativ-Antrag 1 | Resolution zur Fusion Siemens/Nixdorf | Annahme in der Fassung der Antragskommission. |

Wortlaut der beschlossenen Anträge

Moderne Kohlepolitik für Europa – Entschließung -

Wir wollen eine moderne Kohlepolitik für Europa. Damit wollen wir unseren Beitrag zur Begrenzung der großen Abhängigkeit von Energieimporten ebenso leisten wie zur Einschränkung der Belastungen von Menschen und Umwelt durch Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung von Energie. Wir wollen unsere politische Verantwortung für die Sicherheit der Versorgung mit Energie und Strom und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen offensiv wahrnehmen. Eine moderne Kohlepolitik ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Die Europäische Gemeinschaft ist bereits heute in starkem Maße abhängig von Energieimporten aus anderen Regionen der Welt. Mehr als die Hälfte der benötigten Primärenergieträger werden eingeführt. Diese Abhängigkeit wird weiter zunehmen, weil die Erdöl- und Erdgasvorräte in der EG mit rascher Geschwindigkeit abnehmen und die Kohleförderung trotz ausreichender Vorräte weiter sinkt. Europa braucht aber eine jederzeit sichere und ausreichende Versorgung mit Energie und Strom, weil ansonsten die wirtschaftliche, technologische, soziale und kulturelle Weiterentwicklung empfindlich gestört würde. Die Abhängigkeit von importiertem Öl darf nicht durch Abhängigkeit von importierter Kohle ersetzt oder sogar erhöht werden. Der Weltmarkt für Kohle ist begrenzt und er bleibt das auch für noch lange Zeit. Zusätzliche Nachfrage aus Europa macht das Angebot knapper und teurer. Das vergrößert die Versorgungsrisiken für uns und andere. Die Kohleimporte aus Ländern außerhalb Europas müssen wieder gesenkt werden. Kohleimporte aus Südafrika sind in allen EG-Ländern zu verbieten.

Wir wollen Europa vor noch mehr Abhängigkeit von Energieimporten schützen. Dafür ist eine moderne Kohlepolitik unverzichtbar.

Zu einer modernen Kohlepolitik gehört die umweltverträgliche Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung von Kohle.

Wir stimmen mit dem Gesamtkonzept der NRW-Landesregierung zur Nordwanderung des Steinkohlebergbaus an der Ruhr und ihrer Leitentscheidung zum zukünftigen Abbau der Braunkohle wichtige Beiträge für eine umweltverträgliche Gewinnung von Kohle, die gute Beispiele für den Kohleabbau in und außerhalb von Europa sein können.

Jede Tonne Kohle, die bei uns nicht mehr gefördert und zusätzlich auf dem Weltmarkt nachgefragt wird, muß woanders gefördert werden. Das bringt für Menschen und Umwelt in anderen Ländern unvergleichlich höhere Belastungen als für uns und unsere Umwelt durch den Kohleabbau in unserem Land. Wir wollen den Export von Umweltbelastungen in andere Länder durch eine moderne Kohlepolitik vermeiden.

Wir haben mit gesetzlichen Maßnahmen wie mit der freiwilligen Vereinbarung eines Emissionsminderungsplans zwischen der NRW-Landesregierung und der Elektrizitätswirtschaft einen erheblichen Beitrag zur Verminderung des Schadstoffausstoßes bei der Kohleverstromung geleistet. Die umweltverträgliche Verarbeitung heimischer Kohle hier bei uns ist ein gutes Beispiel für die Kohleverstromung in und außerhalb von Europa.

Wir werden mit neuen Kraftwerkstechniken den Wirkungsgrad eingesetzter Kohle weiter erhöhen und die Belastungen weiter vermindern. Wir werden deshalb Entwicklung, Planung und Bau einer neuen Kraftwerksgeneration vorantreiben. Die gleichzeitige Erzeugung von Elektrizität und Wärme verbessert den Grad der Energienutzung, erhöht die Wirtschaftlichkeit, schont die knappen Vorräte wertvoller Energierohstoffe und entlastet die Umwelt. Mit modernen Heizkraftwerken werden wir die leistungsfähigen Großkraftwerke überall dort ergänzen, wo es möglich und sinnvoll ist.

Wir wollen die Fern- und Nahwärmenetze weiter ausbauen. Das ist ein wichtiger Beitrag für eine umweltverträgliche Verwendung von Energie und ermöglicht gleichzeitig ein stärkeres Eindringen heimischer Kohle in den von Importenergie beherrschten Wärmemarkt. Dazu müssen zukunftsweisende Ausbauprogramme mit öffentlicher Hilfe langfristig wirkende Anstöße geben. Wir wollen dazu beitragen, daß diese Bundesaufgaben offensiv wahrgenommen wird.

Wir wollen an dem bewährten Verbund von heimischer Kohle und heimischem Stahl festhalten. Dazu gehört eine moderne Koksproduktion, die wir weiterentwickeln werden. Unsere eisenschaffende Industrie muß auch zukünftig jederzeit sicher und ausreichend mit Koks und Kokskohle versorgt werden, sonst verliert sie ihren Standortvorteil. Das gelingt nur, wenn unser heimischer Bergbau eine langfristig verlässliche Planung seiner Koks- und Kokskohleproduktion auf der Basis verlässlicher Kostendeckung behält. Deshalb muß das System von Hüttenverträgen und staatlicher Kokskohlebeihilfe erhalten bleiben. Dafür setzen wir uns hier und in Europa ein.

Wir beweisen, daß mit einer modernen Kohlepolitik die Energie- und Stromversorgung gesichert, der Energieeinsatz gesenkt und die Umweltbelastungen vermindert werden. Dadurch werden die volkswirtschaftlichen Kosten gesenkt und der volkswirtschaftliche Nutzen wird gemehrt. Eine moderne Kohlepolitik hilft Europa insgesamt, weil sie dazu beiträgt, neben den knapper werdenden heimischen Erdöl- und Erdgasvorräten in Europa auch die heimischen Kohlevorräte langfristig zu nutzen. Das stärkt Europa.

Wir wollen Europa mit unserer modernen Kohlepolitik unabhängiger machen. Wir wollen Europa stark machen, weil nur ein starkes Europa den Schwachen hier bei uns und den Schwachen in der Welt helfen kann.

Resolution zur Fusion Siemens/Nixdorf

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betriebsrat von Nixdorf haben unsere volle Solidarität. Wir wenden uns gegen eine unkontrollierte Unternehmenssanierung auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erwarten von der Unternehmensleitung ein mit dem Betriebsrat abgestimmtes Konzept zur Konsolidierung des Standortes Paderborn. Mit Hilfe von Siemens müssen am Standort Paderborn alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden und das Ausbildungsplatzangebot erhalten werden. Paderborn muß Firmensitz bleiben.

Die Arbeitslosigkeit in Paderborn liegt über dem Landesdurchschnitt. Allein durch die von der Unternehmensleitung angekün-

digten 1.300 Entlassungen bei Nixdorf würde die Arbeitslosenquote nach Aussage des Arbeitsamtes von 9 % auf 10,4 % steigen. Dabei sind die Auswirkungen auf die Beschäftigten anderer Unternehmen noch nicht berücksichtigt. In der Region sind insgesamt 50.000 Arbeitsplätze von Nixdorf abhängig. 54 % der in Nordrhein-Westfalen im EDV-Bereich Beschäftigten arbeiten in Paderborn.

Paderborn muß High-Tech-Standort bleiben. Wir fordern die Stadt auf, in Zusammenarbeit mit Hochschule, Betriebsrat und der Unternehmensleitung Nixdorf/Siemens Strategien zu entwickeln, um den Erhalt und Ausbau Paderborns als Technologiezentrum und interessanten Unternehmensstandort zu sichern. Zur Standortunterstützung gehört auch, daß Fort- und Weiterbildungszentren in der Stadt konsequent gestützt werden.

Bundesregierung und Bundesforschungsminister sind besonders gefordert, über die Anbindung des Forschungsprojektes JESSI an die Universität/Gesamthochschule Paderborn als Informationszentrum zu stützen. Wichtige Forschungskapazitäten werden so bewahrt und neue gewonnen.

Wir fordern die Landesregierung auf, auch weiterhin mit ihrer regionalen Strukturförderung die Interessen des ostwestfälischen Oberzentrums besonders zu berücksichtigen, damit der High-Tech-Standort Paderborn an Attraktivität gewinnt.

Die IC-Verbindung Dortmund-Paderborn-Kassel muß möglichst schnell realisiert werden und die verkehrstechnische Verbindung zwischen den Oberzentren Paderborn und Bielefeld muß erheblich verbessert werden.

Wortlaut des überwiesenen Antrages

Wahlkampfkostenerstattung für Kommunalwahlen

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wird durch die Landtagsfraktion ein Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Wahlkampfkostenerstattung für Kommunalwahlen sicherstellt.

Schlußwort

Johannes Rau:

Liebe Freunde,

wenn man einen Landesparteitag oder eine Landesdelegiertenkonferenz vorbereitet, macht man sich Gedanken darüber, wie lange das wohl dauern wird und wieviele am Schluß noch da sein werden. Ich will jetzt nicht so lange reden, daß wir die Zeit erreichen, die wir als beste Möglichkeit im Landesvorstand kalkuliert hatten, sondern ich will es mit wenigen Sätzen bewendet sein lassen. Denn Ihr wollt nach Hause und manche von Euch wollen zu anderen Terminen, und ich will, wie schon gesagt, nach Leipzig zum nächsten Parteitag. Mein Bedarf an Parteitag ist noch nicht erfüllt.

Hermann Heinemann hat zwischendurch einigen Delegierten zum Geburtstag gratuliert. Diesem Glückwunsch schließe ich mich an. Ich möchte aber einem von hier aus unsere Grüße zum Geburtstag sagen, der oft bei uns auf Parteitag war und heute nicht da sein kann, sondern stattdessen Kommunalwahlkampf macht. Es ist unser Parteivorsitzender Jochen Vogel, der heute Geburtstag hat und dem wir von hier aus herzlich gratulieren wollen. Und laßt mich nochmal einen Satz aufgreifen, den ich am Schluß des Berliner Parteitages gesagt habe. Bei allen Irritationen und all den schnellen Veränderungen des letzten Jahres hat der Jochen Vogel das Kunststück zustandegebracht, die Partei zusammenzuhalten. Das war nicht immer leicht. Wir haben ihm dafür sehr zu danken, denn er hat das getan mit aller Kraft, die ihm zur Verfügung stand.

Das zweite, was ich sagen möchte, ist, daß ich den Eindruck habe, daß bei der Disziplin dieses Parteitages und der Delegiertenkonferenz und bei den gedrängten Terminen auch am Vortag die Stadt Siegen und das Siegerland ein bißchen zu kurz gekommen sind. Deshalb will ich noch einmal an das erinnern, was heute morgen die Bürgermeisterin und der Landrat hier zum Siegerland gesagt haben. Und zur Entwicklung der SPD im Siegerland. Und ich tue das mit einem sehr persönlichen Touch, wie viele von mir wissen.

Der Landrat, der heute morgen gesprochen hat, dem konnte man anhören, daß er nicht aus Siegen stammt. Der stammt aus Leipzig und er ist hier viele Jahre kommunalpolitisch tätig, und ich kenne ihn auch aus anderen Zusammenhängen. Walter Nienhagen hat, bevor er ins Siegerland kam, zehn Jahre als Verfolgter im Zuchthaus Bautzen gesessen. Ich sage das deshalb, weil bei den Kampagnen der CDU zu oft vergessen wird, daß die Sozialdemokraten nicht nur zwei Jahrzehnte Entspannungspolitik gemacht haben, sondern daß Sozialdemokraten einen hohen Preis dafür gezahlt haben, damit es zur Einheit kommen kann und damit die Freiheit in Deutschland wieder ein Thema wird.

Ich hatte auf dem Bundesparteitag in West-Berlin einen Antrag vorzulegen und zu begründen, der die Rehabilitierung der verfolgten Sozialdemokraten zum Gegenstand hat, der die offizielle Aufhebung der Zwangsvereinigung zur Folge hat. Wir Älteren wissen noch etwas von der Zeit. Viele Jüngere wissen es nicht. Darum meine ich, wir sollten es uns noch einmal in Erinne-

rung rufen, daß der Weg zu diesem 9. November ein schwerer Weg gewesen ist, und daß viele diesen Weg gebahnt haben, die heute noch Verantwortung tragen. Und ich denke, daß die Art und Weise, wie die Menschen in der DDR Willy Brandt begegnen, ein Zeichen dafür ist, daß die dort drüben jedenfalls wissen, daß diese Partei, die SPD, das deutsche Volk noch nie in Unfreiheit und noch nie in Krieg geführt hat, und daß sie sich darauf verlassen können, daß das auch nicht geschieht!

Ich war in der Mittagspause draußen mit einigen anderen an einem Bauwagen der Freudenberger SPD. Der ist schon mitgeschleppt worden zu Parteitag auf Tiefladern und ist heute hergebracht worden mit vielen Angeboten, die einem guttun – von Reibekuchen bis zu Waffeln. Die Freudenberger haben mir erzählt, daß sie mit diesem Bauwagen zum nächsten Parteitag kommen wollen, wenn der Wilhelm-Dröscher-Preis verliehen wird. Da wollen sie ihren Wagen gerne zeigen. Und das ist für mich ein Symbol für die bürgernahe Politik, die die SPD hier im Siegerland seit vielen Jahren betreibt und die große Erfolge gebracht hat. Von den drei Landtagswahlkreisen des Unterbezirks haben wir zwei; den Wittgensteiner, der noch in den Olper Bereich hineinreicht, haben wir noch nicht; die Sache bringen wir im Mai in Ordnung.

Wir haben soeben ein Landtagswahlprogramm verabschiedet, das muß jetzt grafisch aufbereitet werden, da muß man jetzt mit Kästchen und Verweisen und allen möglichen Lesehilfen dafür sorgen, daß das nicht nur die Journalisten lesen, sondern auch viele der Bürger. Da wird man eine Kurzfassung machen. Da wird daraus vielleicht am Schluß noch ein Flugblatt „Zehn gute Gründe, SPD zu wählen“, so wie wir das 1980 und 1985 gehabt haben. Und jetzt, 99 Tage vor der Landtagswahl, kann all das vorbereitet werden, und wir sind gut vorbereitet, in Gang zu kommen.

Daß wir gut vorbereitet sind, haben wir nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirken und im Landesbüro zu danken, auch denen ein herzliches Dankeschön, sondern vielen, die uns geholfen haben in ihrer Freizeit. Wir haben ein Experiment gemacht, weil wir im Gedränge waren mit den Terminen – Kommunalwahlen, Landesparteitag im November. Da haben wir eine kleine Kommission des Landesvorstandes berufen, erst im Dezember. Die haben wir gebeten, einen Entwurf für dieses Wahlprogramm zu erarbeiten. Die Kommission hat zum ersten Mal am letzten Tag vor den Weihnachtsferien zwölf Stunden zusammengesessen. Dann sind Arbeitsaufträge über die Weihnachtsferien verteilt worden. Da waren in der Kommission bewährte Mitglieder des Landesvorstandes und solche, die wir im November erstmals gewählt haben. Und ich muß gestehen, ich bin überrascht und erfreut darüber, daß die es hingekriegt haben, uns ein so qualifiziertes Programm vorzulegen. Allen Mitgliedern dieser Kommission, die das zustande gebracht haben, möchte ich ganz herzlich danken!

Und ich danke der Antragskommission und dem im Präsidium, die diese beiden heute stattgefundenen Veranstaltungen geleitet und gestaltet haben. Wir waren ja heute ein bißchen kalvinistisch, was den Verzicht auf Beiprogramm anging. Das muß man im Siegerland auch sein. Aber sonst war das ein arbeitsreicher Tag – und ein schöner Tag.

Meine alte Praxis, ab und zu ein Bibelwort einzustreuen, habe ich ja im November in Köln schon hinter mir gelassen, und mich für Goethe entschieden. Im November habe ich zitiert: „Mein Leipzig lob ich mir“. Das würde heute auch passen wegen des vorgesehenen Tagesablaufs. Aber ich habe was anderes bei Goethe gelesen, das bezieht sich auf unser Wahlergebnis: „Es schadet nicht, wenn Stärke sich verstärken“. Das hat mir gut gefallen. Also lassen wir die ganzen Meßblatten weg, wie denn so das Verhältnis sei zu wem. Wenn schon Verhältnisse, dann klare. Also sagen wir: Es schadet nicht, wenn Stärke sich verstärken. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt, mit welcher überraschenden Wahlergebnissen wir aufwarten können.

Als Heinz Kühn das erste Mal, nein, das zweite Mal kandidierte – 1962 kandidierte er aus dem Stand aus Bonn, 1966 kandidierte er, nachdem wir 1962 neun Mandate zugelegt hatten (von 81 auf 90), legten wir 1966 zu von 90 auf 99 –, und da stand Heinz Kühn, ich werde es nie vergessen, mit seiner Mannschaft, die hatte er schön geordnet vorm Drachenfels. Waren alles Männer! Ja, da seht ihr mal! Da stand er und strahlte, weil es ihm ja nun gelungen war, bei zwei Wahlen in vier Jahren damals noch, 18 Mandate zuzulegen. Was weder

er wußte, noch die mit ihm Fotografierten, war: Keiner von denen war im Landtag, denn die Liste hatte nicht gezogen. Nur Plätze auf der Liste! Da waren wir danach alle sehr bekümmert. Aber dann, als die Freude aufkam über die 99 Direktmandate, ging der Kummer zurück. Ein halbes Jahr später waren wir in der Regierung.

Ich empfehle solche Entwicklungen. Nicht nur mit Blick auf die Zahl der Direktmandate: 125 ist eine herrliche Zahl, aber das ist noch nicht das Nonplusultra. Es ist nicht erklärt, es dürfe kein zusätzlicher Wahlkreis gewonnen werden. Im Gegenteil. Da grüßt einer aus Bonn, ja, wenn die Partei in Bonn soviel Bodennähe kriegt, wie wir sie in vielen Bereichen des Landes bewiesen haben, dann packen wir es miteinander. Und wir wollen dabei helfen. Damit es keine Mißverständnisse gibt, ich meine natürlich den Unterbezirk Bonn.

Das war das, was ich sagen wollte. Und ich wollte Euch bitten. Nun laßt das hinter uns, was es vorher gegeben hat an mancherlei Schwierigkeiten. Ich denke, die souveränen Delegierten haben uns heute den Auftrag gegeben, uns nicht um uns selber zu kümmern und um unsere eigenen Profile, sondern um die Mehrheit in diesem Land und um die Mehrheit für die Bürgerinnen und Bürger. Glück auf!

Das Wahlprogramm im Wortlaut:

1. Wir in Nordrhein-Westfalen.

Grundsätze, zu denen bei uns die Mehrheit steht:

„Wir in Nordrhein-Westfalen“ – dieser Satz gehört inzwischen zur Umgangssprache der Bürgerinnen und Bürger dieser leistungsfähigen Region im Zentrum Europas.

Er drückt wachsendes Selbstbewußtsein der Menschen aus und die Gewißheit: „Das schaffen wir schon.“

Wir in Nordrhein-Westfalen hatten die meisten Probleme moderner Industriegesellschaften früher als andere, aber wir haben auch früher begonnen, sie zu lösen. Heute können wir mit unseren Erfahrungen und unseren Konzepten anderen zur Seite stehen, die Lösungen suchen für Probleme der Ballungszentren und industriereichen Regionen in der Welt.

In dieser historischen Situation Europas fühlen wir uns bestärkt, für eine ökologische Konföderation aller europäischen Staaten und Regionen zu arbeiten.

Wir in Nordrhein-Westfalen waren in der Nachkriegsphase die Wirtschaftslokomotive für den Aufstieg der ganzen Republik.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind heute Lokomotive als Umwelttechnologieland bei der Bewältigung gesundheitsgefährdender Folgen der Industriegesellschaft.

Persönlicher und gesellschaftlicher Wohlstand und wirksamer, durchgreifender Umweltschutz bedingen einander. Umweltschutz in einer Industriegesellschaft braucht die Leistung der Forscher, der Ingenieure, Techniker und Facharbeiter. Umweltschutz braucht moderne Technologien, die Bereitschaft zu umweltverträglichen Investitionen und die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips.

Umweltschutz braucht auch die Bereitschaft der einzelnen zu verantwortlicher Mitwirkung und Mitfinanzierung. Umweltschutz zum Nulltarif gibt es nicht.

Wir in Nordrhein-Westfalen lieben unsere Heimat wie andere Menschen die ihre.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat für unser Land schon viel geschafft. Die kleinen und großen Städte und die Dörfer sind schöner geworden, und der blaue Himmel als Symbol natürlicher Umwelt ist zu Recht Maßstab für den Erfolg sozialdemokratischer Umweltpolitik. Es bleibt aber noch viel zu tun.

Wir hier haben den Anfang gemacht, aber vor dem Ende dieses Jahrhunderts wollen wir in Nordrhein-Westfalen beim Umweltschutz „den großen Sprung“ tun.

Unsere Wirtschaftskraft zusammen mit unserer auf das Gemeinwohl verpflichteten Gesinnung sollen Beispiel geben für wirksamen Umweltschutz in einer historisch gewachsenen Industriegesellschaft im technologischen und sozialen Wandel.

Wir in Nordrhein-Westfalen nutzen unsere wachsende Wirtschaftskraft für wirksamen Umweltschutz. Wir wollen unser Land schöner und gesünder machen. Bis 1995 soll unser Land die grünste Industrieregion der

Welt sein. Mit unserer Erfahrung wollen wir Entwicklungen vorantreiben, die auch anderen Hilfe sind.

Jetzt sieht jeder, was die NRW-SPD als erste im Wahlprogramm 1980 gesagt hat: „Arbeit und Umwelt gehören zusammen“.

Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben sozial.

„Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben sozial“ – diesen Appell haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unseres Landes 1985 auf nahezu 100.000 Plakate gedruckt und es damit zum meistverbreiteten Wahlkampfversprechen der letzten Landtagswahl gemacht. Die Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre klare Stimmabgabe für Johannes Rau und seine Partei aus dem Appell ein Versprechen und einen Auftrag geformt.

„Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben sozial“ – das ist ein Wessenzug unseres Landes und prägt das gesellschaftliche Klima. Wir lassen niemanden allein. Das gilt besonders für die Menschen, die ohne Arbeit sind. Auch im Alter wird bei uns niemand ohne Hilfe sein.

Zur sozialen Haltung gehört ein gelebtes Gerechtigkeitsempfinden. Unfaire Wirtschaftspraktiken und unsoziale Bundesgesetze sind hier in unserem Lande besonders unpopulär. Der Bundesarbeitsminister der liberal-konservativen Bonner Regierung müht sich hier seit langem mit vielen Werbemillionen aus Steuergroschen, die anderswo fehlen, seine Gesundheitsreform schönzureden. Die Bürgerinnen und Bürger, die zum Arzt oder in die Apotheke gehen müssen, wissen es aus Erfahrung leider besser.

Wir in Nordrhein-Westfalen lehnen diese Reform, die einseitig zu Lasten der Schwachen und Beitragszahler geht, ab. Wir wollen, daß die Gesundheitsreform im Interesse derer, die optimale medizinische Versorgung brauchen, umfassend überarbeitet wird und unsoziale Entscheidungen zurückgenommen werden.

Der soziale Kahlschlag, der von der Bundesregierung ausgeht, findet unseren Widerstand. Mit Mitteln der Landespolitik kann leider nur begrenzt gegengesteuert werden.

Dennoch:

Wir tun, was wir können: Wir in Nordrhein-Westfalen sind das soziale Gegengewicht zu unsozialen Entwicklungen in der Bundesrepublik und in Europa.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind weltoffen und tolerant.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind weltoffen und tolerant – diese Selbsteinschätzung findet bei den Bürgerinnen und Bürgern große Zustimmung. Das ist nicht selbstverständlich. Die in unserem Lande gewachsene Landesidentität grenzt nicht aus. Anderswo heißt es: Wir hier – die Fremden dort, also Identität als Abgrenzung.

Wer Nordrhein-Westfalen, seine Entstehung und die Menschen hier versteht, erkennt als eine der größten Leistungen dieser Region das Zusammenführen, die Fähigkeit, gemeinsam anzupacken.

Nordrhein-Westfalen ist historisch ein Schmelztiegel, dem Pluralität selbstverständlich wurde, in dem Vielfalt als Bereicherung empfunden wird. Das Land bietet soziale Geborgenheit und Heimat auch denen, die von außen zu uns kommen. Aber die Landesregierung unternimmt auch Anstrengungen, damit Chancengleichheit gewahrt bleibt, Bevorzugung vermieden wird und gerade die sozial schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürger keine Nachteile haben. Nur so können Ängste vor weiterem Zuzug abgebaut werden, der die Situation in Mittel- und Osteuropa destabilisiert und den unsere sozialen Sicherungssysteme nicht verkraften.

Die Tatsache, daß die Zufriedenheit derjenigen, die hier leben, um sehr vieles größer ist, als Unkundige von außen glauben, schafft zusätzliche Bindungen.

Bindungen, in denen die Liebe zur Heimat wurzelt. Aber auch hier: Bekenntnis zur Region ja, aber kein Provinzialismus.

Diese Weltoffenheit ist Lebensgefühl in Nordrhein-Westfalen, nicht Kalkül einer der stärksten Exportregionen mit weltweiten Beziehungen.

Die Konservativen haben keine Einstellung zu Nordrhein-Westfalen gefunden. Ihr gegenwärtiger Spitzenkandidat will lieber in Bonn bleiben. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger des bevölkerungsreichsten Bundeslandes eine Geringschätzung. Die Erklärung dafür ist, daß die konservative Partei als Landespartei immer weniger Anerkennung findet.

Denn: Das Lebensgefühl der Menschen dieser Region ist von Toleranz und Offenheit geprägt. So wurde die NRW-SPD zur stärksten Partei dieses Landes.

Die Menschen haben sie gewählt, weil sie einfach besser zu ihnen paßt. Die NRW-SPD ist in Nordrhein-Westfalen tief verwurzelt, sie ist Bürgerpartei, die Partei der Bürgerinnen und Bürger. Aus ihrer Bodenhaftung bezieht die NRW-SPD ihre Kraft.

Wie die Menschen dieser Region haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Verantwortung Offenheit und Toleranz da walten lassen, wo sie entscheiden konnten.

- Bei der Rechtsstaatlichkeit war das Bürgerrecht jedes einzelnen auf Sicherheit und Schutz vor Gewalt Maßstab, aber auch ein liberaler Staat ohne Obrigkeitsdenken. So soll es bleiben.
- Bei den schulischen Angeboten waren Qualität und Vielfalt Maßstab, die Bildung, Entfaltung und damit Aufstieg für alle möglich machen. So soll es bleiben.
- In der Personalauswahl waren Qualifikation und Pluralität Maßstab. So soll es bleiben.
- In allen Bereichen, von der Stadtentwicklung, der Verkehrspolitik, der Technologiepolitik und der Sozialpolitik bis zu Landwirtschaftspolitik, hat sich Nordrhein-Westfalen als offen für innovative Lösungen gezeigt. Modernität verstanden als Bündelung vieler Interessen, die sich ständig in kritischer Diskussion erneuert. Eine ganzheitliche Sicht, bei der der Umweltschutz und das Soziale nie zu kurz kommen. So soll es bleiben.
- Die Landespolitik hat sich Europa geöffnet. Die Landesinteressen werden in die eigene Hand genommen, vielfältige internationale Kontakte in der Welt geknüpft. Wir verlassen uns nicht auf Bonn. So soll es bleiben.

Sozialdemokraten wollen weiter klare Verhältnisse. Damit verteidigen wir auch die guten Traditionen dieser Region. Damit aus Überzeugungen Politik wird. Deshalb gehören Nordrhein-Westfalen und SPD zusammen.



2. Nordrhein-Westfalens Aufstieg aus eigener Kraft: Wir werden wieder Nr. 1!

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik will gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik und Innovation bewußt entfachen. Ihre Ziele sind:

1. humane und qualifizierte Arbeit für alle zu schaffen, um damit auch der steigenden Nachfrage von Frauen nach Berufsarbeit, der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und dem Wiedereinstieg von Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in das Berufsleben gerecht zu werden; die Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen weiterhin zu sichern, Einstiegschancen in das Berufsleben für junge Frauen und Mädchen zu verbessern und den berufsbegleitenden Qualifikationserwerb zu erhöhen;
2. die ökonomischen Notwendigkeiten und ökologischen Ziele in Einklang zu bringen, um eine deutliche Verbesserung unserer Umwelt und die damit verbundene Lebensqualität zu erreichen;
3. den erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen;
4. die wirtschaftliche Zukunft und Leistungsfähigkeit der Regionen zu sichern und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen zu erreichen;
5. in den Ballungszentren soziale und ökologische Probleme mit Hilfe ökonomischer Ressourcen auch unter Einsatz von Forschung und Entwicklung zu lösen und diese Technik und das Know-how zu exportieren;
6. die Potentiale der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe zur umweltfreundlichen Bewältigung des Strukturwandels und für die Bereitstellung von qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu mobilisieren;
7. die nordrhein-westfälische Wirtschaft auf den EG-Binnenmarkt vorzubereiten und zu ermutigen, ihre Chancen wahrzunehmen, aber auch andere Kooperationen zu prüfen. Unsere Beziehungen mit der DDR, der Sowjetunion, Polen und anderen Staaten Mittel- und Osteuropas sind von besonders hoher Bedeutung.

Wir Sozialdemokraten setzen auf den Einfallsreichtum vor Ort.

Wirtschafts- und Industriepolitik muß immer auch Umweltpolitik sein.

Wir Sozialdemokraten wissen: Es gibt keine Alternative zum funktionsfähigen Markt als wirtschaftlichem Steuerungsinstrument. Wir wollen die Chancen der Marktwirtschaft nutzen. Wir kennen aber auch die Grenzen des Marktes. Deshalb wollen wir gestaltend eingreifen, um den Fortschritt allen Menschen dienstbar zu machen.

Der Strukturwandel soll zur Stabilität der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe, beitragen, qualitatives Wachstum fördern und zu Unternehmensgründungen und -neuanstellungen führen. Das schafft Arbeitsplätze.

Die Entwicklung von Technik und der Einsatz neuer Technologien müssen nicht nur ökologisch, sondern auch sozial verantwortet sein. Durch gezielte Forschungsanstrengungen sind Modernisierungen auch zur Humanisierung der Arbeitsbedingun-

gen zu nutzen. Das gilt ebenso für die Schonung von Ressourcen und Energie wie für die planvolle Wiederverwertbarkeit der Materialien und ihre spätere Entsorgung. Von Anfang an ist eine gute berufliche Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erforderlich. Die Weiterbildung muß so ausgebaut werden, daß sie auch von denjenigen wahrgenommen wird, denen sie bisher verschlossen war.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft muß angesichts ihrer Exportabhängigkeit durch Ausbau der Standortvorteile im regionalen Konsens gesichert werden.

Wir Sozialdemokraten setzen im ganzen Land auf die wirtschaftspolitische Verantwortung tragenden Kräfte mit dem Ziel, Ideen, Tatkraft, soziale Verantwortung und Kapital für die ökologische und ökonomische Erneuerung zu mobilisieren.

Mit den Zukunftsinitiativen Montanregionen und Nordrhein-Westfalen (ZIM und ZIN) hat die Landesregierung erfolgreich unter Beweis gestellt, daß die einzelnen Regionen Eigenverantwortung, Engagement und Kreativität entfalten können und die Kraft zur Selbstorganisation besitzen. Dies will die NRW-SPD verstärken und ausbauen.

Wir Sozialdemokraten wollen den Europäischen Binnenmarkt. Er muß sozial und ökologisch gestaltet werden.

In der Wirtschaftspolitik große Erfolge.

- Der Aufbruch ist da. Nach schwierigen Jahren des Strukturwandels rückt Nordrhein-Westfalen wieder in eine Spitzenstellung unter den Bundesländern.
- Die Fähigkeit und Einsatzbereitschaft der Arbeitnehmer und Unternehmer haben zu hoher Arbeitsproduktivität und damit zu wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit geführt. Die Wirtschafts- und Technologiepolitik der Landesregierung hat dies gefördert und gleichzeitig die Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Wirtschaftens verbessert.
- Nordrhein-Westfalen ist ein Land, in dem sich Investitionen lohnen. Das zeigt sich auch an der sprunghaft gestiegenen Zahl ausländischer Investoren.
- Die Zahl der Betriebs- und Existenz-Neugründungen liegt über dem Bundesdurchschnitt.
- In den letzten fünf Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen über 300.000 Arbeitsplätze, vor allem im Dienstleistungsbereich, in mittelständischen Betrieben und freien Berufen, geschaffen.
- Land und Kommunen arbeiten gemeinsam mit den Gewerkschaftern, Unternehmern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und anderen verantwortlichen Kräften an der Entwicklung der Regionen.

Wir bauen die Infrastruktur in den Regionen aus.

- Bei der gezielten Weiterentwicklung der Regionen des Lan-

des sind Innovationen, die Produktionen und Dienstleistungen mit Zukunftsbedeutung ermöglichen, besonders zu fördern.

- Projekte mit überregionaler Ausstrahlung müssen zwischen den Regionen gerecht verteilt werden. Dazu ist eine planvolle Strukturpolitik des Landes unumgänglich.
- Wirtschaftliche und technologische Innovationen sind ohne Innovationen in der Kultur, der Bildung, der Freizeit nicht möglich. Deshalb sind auch neue Institute und öffentliche Einrichtungen vorrangig in strukturschwachen Regionen anzusiedeln, und öffentliche Investitionen wollen wir vorrangig hierhin lenken.
- Die Technologiepolitik der Landesregierung ist beim Aufbau einer regionalen technologischen Infrastruktur erfolgreich. Die Zahl der Technologiezentren und Agenturen wird weiter steigen.
- Kleine und mittlere Unternehmen, die sich mit besonders risikoreichen Zukunftstechnologien befassen, kooperieren in zunehmendem Maße in technologischen Landesinitiativen miteinander. Wir Sozialdemokraten werden solche Landesinitiativen auf den Feldern der Telekommunikation, der Mikroelektronik, der Kraftwerkstechnik der Zukunft, der Ingenieurkeramik, der CIM-Fertigung, der Lasertechnik, der Biomedizin/Biotechnik, der Mikrostrukturtechnik und der Softwareentwicklung unterstützen und fördern.

- Nordrhein-Westfalen ist ein Mittelstandsland mit rd. 510.000 kleinen und mittleren Unternehmen sowie freiberuflichen Praxen. In diesem differenzierten Bereich sind von 1970 bis 1988 zusätzlich rd. 140.000 neue Arbeitsplätze entstanden und fast 36.000 Unternehmen mehr als im Jahre 1970 tätig. Wir Sozialdemokraten wollen die Dynamik dieses Strukturfaktors auch in Zukunft nutzen und die Marktlage und Leistungsfähigkeit mit Finanzierungshilfen für Betriebsberatungen, Betriebsvergleiche und Transparenzschaffende Informationen verbessern.
- Die Kooperation und schnelle Verbindung zwischen den Großflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dienen der Verbesserung der Luftverkehrsinfrastruktur des Landes. Die Initiative der Landesregierung gegen den militärischen Tiefflug ist auch für die Verbesserung der Flugsicherheit wichtig.
- Die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Unternehmen im Hinblick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes soll durch Beratungsleistungen und durch die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Managerinnen und Managern und Unternehmern gewährleistet sein.
- Bei der zukunftsorientierten Kohle- und Energiepolitik läßt die NRW-SPD sich leiten von der Sicherung der Kohle als nationale Energiereserve, der Verbesserung herkömmlicher Kohlenutzungsverfahren, der Entwicklung rationeller und umweltschonender Energietechniken, dem Einsatz von Sonnenenergie und solarerzeugtem Wasserstoff, der Fortentwicklung der kommunalen Energiepolitik, der Energieerzeugung durch die Energieagentur Nordrhein-Westfalen und durch Verbraucherzentralen.

3. Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik: Arbeitsplätze schaffen.

Sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist darauf ausgerichtet, Beschäftigungseinbrüche frühzeitig zu erkennen, möglichst zu verhindern und die Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen. Für diese zentralen Aufgaben werden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen alle Kräfte der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, der Politik, der Arbeitsverwaltung und andere wichtige Akteure zu aktivem Handeln zusammenführen. Wir ermuntern gleichzeitig die Regionen, ihre jeweiligen Stärken systematisch aufzubereiten, darzustellen und sie für dauerhafte und qualitativ hochwertige Beschäftigung zu mobilisieren.

- Die NRW-SPD wird der Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen und Männern entgegenwirken. Wir werden uns auch auf Bundesebene für das Prinzip „Arbeit statt Sozialhilfe“ einsetzen. Die vom Bundesarbeitsminister verantwortete Novelle des „Arbeitsförderungsgesetzes“, u. a. die Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, muß zurückgenommen werden.

Die Wende stoppen: Damit Gewinn und Einkommen nicht noch weiter auseinanderklaffen.

- Den Qualifizierungsbedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist Rechnung zu tragen. Die Weiterbildung muß ausgebaut werden.
- Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen unsere Qualifizierungsoffensive fortsetzen. Ihre Ziele sind: die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Wiedereingliederung arbeitsloser Frauen und Männer in neue Arbeit und Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase, die Förderung überbetrieblicher Weiterqualifizierung für kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe, Förderung von berufsbegleitendem Qualifikationserwerb vor allem in strukturschwachen Gebieten und bei Einführung neuer Techniken, die Unterstützung von Beschäftigungsinitiativen.
- Die NRW-SPD will die Fördermaßnahmen zur Ausbildung von Jugendlichen und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bündeln und stärker auf zukunftsorientierte und qualitativ hochwertige Ausbildung konzentrieren. Wir werden weiter helfen, daß alle Jugendlichen nach der Ausbildung eine sozial gesicherte und ihren Qualifikationen angemessene

Beschäftigung finden können. Dazu müssen Unternehmen, Gewerkschaften, Bund und Länder für den schwierigen Übergang zwischen Ausbildung und Beruf neue Wege finden. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, daß jeweils die Hälfte der Ausbildungsplätze für junge Frauen zur Verfügung steht.

- Die vom Bundesarbeitsminister verantwortete Änderung des § 116 AFG, durch die Arbeitnehmern die kalte Aussperrung droht, wird möglicherweise schon bei den anstehenden Tarifausschlichtungen zu einer noch nie dagewesenen Konfliktverschärfung führen. Wenn sie angewandt wird, wird es nicht nur schwer kontrollierbare Sozialkonflikte, sondern auch ökonomische Verluste in einer Größenordnung geben, wie sie bislang in der streikarmen Bundesrepublik noch nicht vorgekommen sind. Die SPD-Forderung lautet deshalb: Änderung des AFG zurücknehmen.
- Die anstehenden Tarifausschlichtungen werden auch dadurch belastet, daß sich seit der Wende in Bonn das Einkommen aus Arbeit im Verhältnis zum Einkommen aus Kapitalerträgen wesentlich zurückentwickelt hat. Diese Öffnung der Schere zwischen Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen auf der einen Seite und den Arbeitseinkommen auf der anderen Seite hat ein wirtschaftlich und sozial unerträgliches Maß erreicht. Diese Entwicklung bedarf jetzt der Umkehr.
- Die NRW-SPD will ein neues Arbeitszeitgesetz, das die alte Arbeitszeitordnung von 1938 endlich ablöst und die Vorschriften an die Tarifwirklichkeit der 90er Jahre heranzieht. Eine weitere tarifliche Verkürzung der Arbeitszeit kann die Arbeitslosigkeit wirksam eindämmen. Sie ist darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und zur Humanisierung der Arbeit. Wir Sozialdemokraten unterstützen deshalb die Gewerkschaften bei ihren Forderungen nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen. Der Samstag darf nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden.
- Die SPD in Nordrhein-Westfalen wird auch den präventiven Arbeitsschutz weiter ausbauen, um die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten unter den Bedingungen des Strukturwandels weiterhin menschengerecht zu gestalten und so den hohen Standard von Arbeitsschutz und Sicherheit zu erhalten. Das schafft nur eine leistungsfähige Gewerbeaufsicht, die ausgebaut und in ihrer Organisation und Wirkung verbessert werden muß.

4. Technischer Fortschritt nach menschlichem Maß.

Wirtschaft und Forschung verändern unser Leben. Die damit verbundenen Auswirkungen und Umwälzungen sind bislang keinem ausreichenden demokratischen Willensbildungsprozeß unterworfen. Auch soziale und gesellschaftliche Belange werden nicht systematisch zur Geltung gebracht.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen, daß der Fortschritt eine Entwicklungsrichtung hin zu mehr Demokratie und Lebensqualität bekommt. Er soll dem Menschen dienstbar gemacht werden. Er soll demokratischer Gestaltung zugänglich sein. Die NRW-SPD setzt dabei auf den Sachverstand und die Verantwortung der Frauen und Männer, die als Forscher, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter tätig sind.

Wir in Nordrhein-Westfalen liefern die Technik für den Umweltschutz.

Die Technologiepolitik der SPD-Landesregierung hat die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert. Umwelt- und Sozialverträglichkeit sind zunehmend wichtigere Faktoren.

Das soll intensiviert werden:

- Forschung soll dafür sorgen, daß die Produktionsverfahren weniger Energie und Rohstoffe benötigen.
- Der Produktivitätsfortschritt soll genutzt werden für mehr Freizeit und gerechtere Verteilung von Arbeit und Einkommen, für humanere, sinnvollere Arbeit, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.
- Energie-, Umwelt- und Klimaforschung haben in Nordrhein-Westfalen besondere Bedeutung und sind wichtige Grundlagen für die Entwicklung künftiger Umwelttechnologien.
- Die Verbesserung des Wirkungsgrades bei der Kohleverwendung und weitere Wege zum umweltfreundlichen Kohleinsatz sind mit der Erforschung neuer Energiequellen

kombinierbar und werden in Nordrhein-Westfalen weiter vorangetrieben.

- Techniken und Lebensweisen von morgen können nur unzureichend prognostiziert werden. Deshalb ist eine demokratische Mitverantwortung und Kontrolle der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und aller, die an den Projekten mitwirken, wichtig. Die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft muß dadurch konkret werden, daß den beteiligten Forschern und Forscherinnen Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden, die institutionell abzusichern sind. Forschungsergebnisse dürfen nicht geheimgehalten werden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben das Recht zur Veröffentlichung.

Die Gesellschaft ihrerseits muß erwarten können, daß die Forscher sich ihrer Verantwortung gegenüber der demokratischen Gesellschaft bewußt sind und sich von ethischen Normen leiten lassen.

- Bei der Einführung und beim Einsatz bereits entwickelte Techniken, die im praktischen Gebrauch Auswirkungen auf den Arbeitsalltag zeigen, sind die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuweiten.
- Zur Technikfolgeabschätzung in politischer Verantwortung gehört es, moralische und ethische Aspekte zu prüfen, soziale Folgen herauszustellen und globale Umweltprobleme zu berücksichtigen. Das gilt z. B. für die Gefährdung der Meere, nach wie vor nicht gebannte Schäden unserer Wälder, Klimagefahren durch Luftschadstoffe und die Grundwasserbelastung durch Altlasten und Überdüngung.

Als erstes Landesparlament hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Kommission „Mensch und Technik“ eingesetzt, die sich mit Fragen der Technikfolgeabschätzung, -bewertung und -gestaltung befaßt. Wir wollen, daß die Arbeit der Kommission in einem parlamentarischen Fachausschuß fortgesetzt wird, um so den demokratischen Willensbildungsprozeß zu fördern.

5. Jährlich mehr als 100.000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen: Nur so kann der neuen Wohnungsnot ein Ende gemacht werden.

Es gibt wieder Wohnungsnot in Deutschland.

Die Politik ist wieder gefordert, für den Bau zusätzlicher Wohnungen zu sorgen. Experten schätzen, daß zur Zeit mehr als 1 Million Wohnungen fehlen und der Bedarf noch weiter steigen wird. In den nächsten zehn Jahren müssen bundesweit jährlich mindestens 400.000 Wohnungen gebaut werden, davon mindestens 100.000 echte Sozialwohnungen mit Dauerwohnrecht und kalkulierbaren Belastungen.

Die Landesregierung fördert derzeit den Bau von ca. 27.000 Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau. Mehr ist nur möglich, wenn der Bund seinen Beitrag für die Förderung des sozialen Wohnungsbaues deutlich erhöht; das Land hat keine Möglichkeit, seine Einnahmesituation einseitig zu verbessern.

Trotzdem hat die Landesregierung für die Jahre 1989 und 1990 mehr Geld in den Wohnungsbau geleitet, als die Bundesregierung für alle Länder zusammen ausgeben will.

Die sozialdemokratische Landesregierung wird diesen Kurs fortsetzen. Damit leistet sie ihren Beitrag für eine ausreichende Versorgung mit Wohnungen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.

Wir Sozialdemokraten wollen keine autogerechten Städte.

Wir wollen menschengerechte Städte.

Der Individualverkehr belastet Innenstädte und Wohngebiete immer stärker. Die Beeinträchtigungen durch Lärm und Abgase sind häufig nicht mehr zumutbar. Deshalb setzen wir Sozialdemokraten auf bessere Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer, Verkehrsberuhigung, intelligente Planung und flexible Lenkung des Verkehrs. In allen Teilen des Landes brauchen wir einen besseren öffentlichen Personennahverkehr. In den Großstädten muß der öffentliche Personennahverkehr das Rückgrat des Verkehrssystems werden, damit unsere Innenstädte und unsere Wohngebiete lebenswert und attraktiv sein können.

Wir Sozialdemokraten wollen Tempo 30 in allen Städten und Gemeinden für die Straßen, die nicht Hauptverkehrsstraßen sind.

Wir wollen verträgliche Fahrgeschwindigkeiten auf Autobahnen und anderen Straßen, weil alle Erfahrungen zeigen, daß dadurch die Verkehrssicherheit erhöht und die Umweltbelastung vermindert wird.

Der stark gewachsene Güterverkehr, der unser Straßennetz und die Umwelt schon heute erheblich belastet, droht in den kommenden Jahren alle bisherigen Dimensionen zu sprengen. Dazu darf es nicht kommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen möglichst viele Güter von der Straße

auf die Schiene verlagern. Schwere Güter auf langer Strecke gehören nicht auf die Straße.

Wir in Nordrhein-Westfalen erwarten von der Bonner Verkehrspolitik:

- den Bau der IC-Verbindung zwischen Dortmund und Kassel;
- die Anbindung der Flughäfen Düsseldorf und Köln an das S-Bahn-Netz;
- den Bau der ICE-Verbindung zwischen Frankfurt/Main und dem Kölner Flughafen weiter bis Dortmund zum Anschluß an die Verbindung nach Kassel;
- zur Entlastung der Straßen den Bau und Betrieb einer schienengebundenen Schnellverbindung zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln, die in möglichst kurzer Zeit realisiert werden kann;
- die Einlösung der Zusage des Bundeskanzlers, die Rheinquerung der Autobahn A44 mit Vorlandtunnel umweltgerecht zu verwirklichen;
- keine weitere Ausdünnung des Schienennetzes, auch nicht in ländlichen Räumen.

In dem Maße, wie es uns in Nordrhein-Westfalen gelingt, die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes Realität werden zu lassen, wird auch das Zusammenleben der Menschen in den Städten und Gemeinden der Zukunft beeinflußt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld geborgen und integriert fühlen. Gleichzeitig wollen sie aber auch im weiteren Umland einkaufen, Kontakte pflegen oder Kulturelles erleben.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Generationen, die verschiedenen sozialen Gruppen, Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, unterschiedlichen Nationalitäten und mit ganz verschiedenen Lebensentwürfen neben- und miteinander leben können in einem Klima der Toleranz, der Solidarität und gegenseitigen Bereicherung.

In der Stadtplanung und beim Wohnungsbau wird die NRW-SPD darauf hinwirken, daß Frauen stärker als bisher bei der Planung beteiligt werden. Die Landesregierung wird für eine Städtebau- und eine Wohnungspolitik einstehen, die das Zusammenleben der Menschen fördert und besonders den Frauen und Kindern gerecht wird. Wir wollen unsere Städte kinderfreundlich gestalten.

Die Aufgabe der Politik ist es, Angebote zu machen, mit denen entstehende Konflikte im sozialen Umfeld produktiver und innovativer gelöst werden können.

6. In Nordrhein-Westfalen: Soziale Gerechtigkeit statt Sozialabbau.

Ohne die Absicherung der materiellen Grundlagen für alle Menschen ist Freiheit und Chancengleichheit nicht zu verwirklichen. Deshalb darf der Sozialstaat nicht geschwächt werden.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen nehmen den Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes ernst. Der Staat hat die Pflicht, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen und damit allen eine gute Zukunft zu ermöglichen. Wir Sozialdemokraten stellen uns dieser Aufgabe. Es gilt, den Ausbau der sozialen Infrastruktur dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen und neue Schwerpunkte zu setzen. Der notwendige Strukturwandel darf auch in Zukunft nicht dazu führen, daß Gruppen von Menschen an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt oder abgeschoben werden. Wir brauchen mehr, nicht weniger Solidarität – auch mit Menschen, die neu zu uns kommen. Wir Sozialdemokraten wollen die Freiheitschancen der einzelnen mehr und dafür eintreten, daß ihre Chancen wachsen, ihr Leben selbstverantwortlich zu gestalten: Freiheit kann nur in einer sozial gerechten, in einer solidarischen Gesellschaft bewahrt werden.

Eines der wichtigsten Ziele der NRW-SPD ist, Angebote, Personalausstattung und Öffnungszeiten der öffentlichen Einrichtungen zur Betreuung und Erziehung von Kindern (Krippen, Horte, Tagesstätten, Kindergärten, Grundschulen mit Ganztagsangeboten) so auszubauen, daß unsere Kinder die Möglichkeit anregender sozialer Beziehungen haben.

Mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit ermöglicht Begegnungen, die der Vereinzelung entgegenwirken. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokraten wollen Ideen und Initiativen vor Ort zum Nutzen unserer Kinder und Jugendlichen stärken.

Junge Menschen wollen ihr Leben selbst gestalten, unterschiedliche Lebens- und Beziehungsformen ausprobieren, mit kulturellen Ausdrucksformen experimentieren. Für uns ist dies ein wesentlicher Bestandteil einer vielfältigen Demokratie. Junge Menschen wollen und brauchen die Chance auf ein eigenständiges Leben. Auf Bundesebene setzt sich die NRW-SPD deshalb für eine bedarfsgerechte und verstärkt elternunabhängige Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler und Studierende ein. Vor allem Jugendliche, die keine Arbeit haben, sollen Anspruch auf eine soziale Mindestsicherung bekommen. Politische, soziale, kulturelle und persönlichkeitsbezogene Jugendarbeit, die Tätigkeit der Jugendverbände und weitere Bildungsarbeit wollen wir Sozialdemokraten weiter fördern. Die finanzielle Förderung der Jugendarbeit vor Ort wollen wir dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Für uns ist dabei entscheidend, daß Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten für eigenständige und selbstbestimmte Aktivitäten geboten werden.

Mit Unterstützung der Landesregierung arbeiten heute in allen Regionen Nordrhein-Westfalens Sozialstationen, die ambulante Dienstleistungen der Alten-, Kranken- und Familienpflege anbieten. Diese sozialen Dienste sind unverzichtbar geworden und bedürfen der weiteren Förderung. Menschen, die körperlich, geistig oder psychisch behindert sind, haben Anspruch auf unsere Hilfe.

Wir werden die Situation der psychisch Kranken deutlich verbessern. Dazu gehören mehr psychiatrische Angebote in den Gemeinden und Strukturveränderungen in den großen Landeskliniken.

Psychiatrisch geschulte Pflegekräfte haben die Aufgabe, chronisch psychisch kranke und alterskranke Menschen möglichst zu Hause zu versorgen und dadurch einen Klinikaufenthalt zu vermeiden. Diese Angebote wollen wir stetig ausbauen.

Das landesweite Netz an Werkstätten für Behinderte hat die Landesregierung weiter ausgebaut. Die humane Qualität einer Gesellschaft zeigt sich für uns Sozialdemokraten gerade im Umgang mit behinderten Menschen. Wir unterstützen die Integration der Behinderten in allen Lebensbereichen. Wir wollen die Eigeninitiative und Selbständigkeit der Betroffenen fördern.

Unsere Gesellschaft steht vor Veränderungen im Altersaufbau, deren Reichweite heute die wenigsten überblicken können. Wir werden scheitern, wenn wir nicht zu einem neuen Miteinander der Generationen kommen. Das ist zunächst eine Frage der unmittelbaren Beziehung in Familie und Nachbarschaft, in Vereinen, Verbänden und Kirchen, aber auch eine Frage des Umwandels unserer Gesellschaft, einer neuen Kultur des Umgangs miteinander.

Dennoch erfordert der wachsende Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft eine entsprechende Sozialpolitik. Dazu gehören: der Ausbau des Netzes von Sozialstationen, teilstationäre Einrichtungen, Einrichtungen zur Entlastung der Familienpflege, altersgerechte Wohnungen, Pflege- und Heimplätze.

Die jetzt geplante Reform der Alterssicherung kann nur ein erster Schritt sein. Altersarmut kann wirksam nur durch eine soziale Grundsicherung bekämpft werden. Zur finanziellen Stabilisierung der Rentenversicherung ist auf Dauer eine neue Finanzierungsbasis unverzichtbar.

Ein Altenprogramm wird deshalb in der neuen Legislaturperiode ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit sein.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und ihr Leben selber bestimmen können.

Das Älterwerden wird heute anders erlebt als früher. Die Entwicklung neuer Lebensperspektiven endet nicht mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Damit beginnt vielmehr ein Abschnitt mit veränderten Lebensbedingungen; für viele mit neuen Inhalten und neuen Lebenschancen.

Weiterbildung und gesellschaftliche Mitwirkung sind auch für ältere Menschen selbstverständlich. Sie sollen ihre Bedürfnisse und Interessen in den verschiedenen Organisationsformen äußern und vertreten, eigene Vorstellungen entwickeln und erproben können. Auch ältere Menschen müssen die Chance ha-

ben, ihre gesellschaftliche Verantwortung, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Wir wollen sie dazu ermutigen.

Lebens- und Arbeitserfahrungen der älteren Generation sind für alle wertvoll. Damit sich eine sinnvolle Aufgabenverteilung und Kooperation zwischen den Generationen entwickeln kann, muß die starre Trennung zwischen Ausbildungs-, Berufs- und Ruhestandszeit aufgebrochen werden.

Mehr Kindergeld, aber für alle!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, daß jedes Kind dem Staat finanziell gleich viel wert ist. Deshalb wollen wir auf Bundesebene erreichen, daß die sozial ungerechten Kinderfreibeträge durch ein gleiches, wesentlich erhöhtes Kindergeld für alle ersetzt werden.

Die NRW-SPD will den Elternurlaub schrittweise verbessern und bis zum Kindergartenalter ausdehnen.

Unser Ziel: Blüms Gesundheitsreform wird gekippt.

Wir brauchen eine wirkliche Gesundheitsreform, die den vorbeugenden Gesundheitsschutz grundlegend verbessert; das auch, um die großen Volkskrankheiten wirksamer zu bekämpfen. Wo die medizinische Versorgung leistungsfähig ist, werden wir Sozialdemokraten sie erhalten. Wir wollen unsere hochleistungsfähige Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin stetig modernisieren. Der medizini-

sche Fortschritt muß allen Bürgern schnellstmöglich zugute kommen. Für die Gesundheit von Mutter und Kind, für die immer häufigeren Herzkrankheiten und für die Bekämpfung von Krebs brauchen wir qualifizierte Schwerpunkteinrichtungen.

In einigen Bereichen muß die gesundheitliche Versorgung gezielt ergänzt werden, so vor allem bei der Prävention, bei den stark zunehmenden chronischen, bei den psychosomatischen und bei den Alterskrankheiten.

Unser Gesundheitswesen darf sich nicht einseitig auf technische Hochleistungen und Apparate konzentrieren und dabei die seelische und soziale Seite von Krankheit vernachlässigen.

Wir werden insbesondere die Vorbeugung bei Sucht- und Drogenkrankheiten nachdrücklich verstärken, zu einem Leben ohne Drogen motivieren und die Hilfen für Drogenabhängige weiter ausbauen. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen lassen es nicht zu, daß die Zahl der Drogentoten auch deshalb steigt, weil wirksame Hilfe durch Medikamente aus fragwürdigen Gründen verweigert wird. Wir sind deshalb auch für die kontrollierte Ausgabe von Methadon.

Wer Gesundheitspolitik nur mit Kostendämpfung gleichsetzt, hat die Aufgabe immer noch nicht verstanden. Unvertretbaren sozialen Härten in der Gesundheitspolitik wird die NRW-SPD weiterhin entgegentreten wie der Entsolidarisierung bei der Finanzierung der hohen Gesundheitskosten.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für ein Bundesgesetz zur sozialen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit ein, das den Hilfsbedürftigen eine menschenwürdige Behandlung sichert, sie vor materieller Not bei Heimunterbringung schützt und die Familien entlastet.



7. Wir in Nordrhein-Westfalen setzen praktische Maßstäbe für die Gleichstellung der Frauen.

Die SPD steht für eine Politik der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit. Sie setzt sich ein für die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann, für den Abbau von Benachteiligungen und eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen. Gesellschaftlicher Fortschritt ist auch eine Frage der gerechteren Verteilung von Arbeit, Macht, Einkommen und Freizeit zwischen Frauen und Männern.

Der Beschluß der SPD, die Beteiligung der Frauen in ihren Parteigremien zu stärken und dazu eine Quotierung als Instrument auf Zeit vorzuschreiben, hat die Forderung der Frauen aufgenommen. Er hat nach anfänglichen Kontroversen das Bewußtsein dafür verstärkt, daß die Beteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig ist und unsere Gesellschaft bereichert. Damit verändert sich auch die Rolle der Männer in der Familie und in der Gesellschaft.

Die Wahrnehmung und Berücksichtigung der Situation und der Interessen von Frauen müssen selbstverständliche Elemente jeder Politik werden. Die NRW-SPD wird ihren Teil dazu beitragen.

- Frauen wollen heute Familie und Beruf. Beides miteinander zu verbinden, ist für sehr viele Frauen auch eine soziale Notwendigkeit. Kinder brauchen Entfaltungsraum, sie sollen miteinander aufwachsen können. Eines der wichtigsten Ziele der NRW-SPD ist daher, Angebote, Personalausstattung und Öffnungszeiten der öffentlichen Einrichtungen zur Betreuung und Erziehung von Kindern auszubauen. Alle Kinder über drei Jahre sollen wohnortnah einen Kindergartenplatz finden. Wir wollen das Angebot an Tageseinrichtungen auch für Kinder unter drei Jahren deutlich verbessern. Wir Sozialdemokraten wollen Angebote machen, die Hort- und Grundschule unter einem Dach zu vereinigen.
- Der Öffentliche Dienst muß in der Gleichstellung von Frauen und Männern Vorbild sein. Deshalb haben wir Sozialdemokraten im Landtag ein Frauenförderungsgesetz beschlossen: In Nordrhein-Westfalen werden Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt und befördert, bis die Benachteiligung auf allen Ebenen aufgehoben ist. Wir wollen den beruflichen Aufstieg von Frauen fördern durch gezielte Ausbildung, Fortbildung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daneben muß durch Personal-

planung der Anteil der Frauen in Führungspositionen gesteigert werden.

- Alle Arbeitsmarkt- und Strukturprogramme des Landes will die NRW-SPD so gestalten, daß auch die gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung und Qualifizierung von Frauen gefördert wird. Die Landesregierung soll durch Anreize und Auflagen im Rahmen bestehender Förderungsprogramme und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die berufliche Gleichstellung in den Betrieben unterstützen. Die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ unterstützen diese Politik und sollen deshalb ausgebaut werden. Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen nach einer Familienphase wird die Landesregierung fortsetzen und weiterentwickeln.
- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen mehr Frauenhäuser fördern und die personelle Ausstattung verstärken, damit mißhandelte Frauen in allen Landesteilen Zufluchtstätten finden. Auch die Kommunen müssen dabei ihren Anteil leisten. Für Kinder, die Opfer von Gewalttätigkeit und sexuellem Mißbrauch sind, werden wir die Beratungs- und Hilfsangebote verbessern.
- Wir werden Mädchen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich besonders fördern und sie bei einer zukunftsorientierten Berufswahl unterstützen. Wir werden die partnerschaftliche, gleichberechtigte Erziehung von Mädchenheit verantwortlichen Unternehmer nicht über den Sachverstand verfügen, der notwendig ist, um Sicherheitsarbeit zu machen. Wstitut für Frauenforschung einrichten, das durch wissenschaftliche Untersuchungen der Frauenpolitik Impulse gibt und Lösungswege aufzeigt.
- Wir wollen Gemeinden und Kreise gesetzlich verpflichten, eine hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstelle mit ausreichender Kompetenz einzurichten.

Ministerpräsident Johannes Rau hat angekündigt, in der nächsten Legislaturperiode dem Politikbereich „Gleichstellung von Frau und Mann“ herausgehobene Bedeutung zu geben und mit dieser Aufgabe eine Ministerin zu betrauen.

8. Der Rechtsstaat setzt sich zur Wehr. Kampf der organisierten Kriminalität, vor allem der Drogenmafia.

Innerer Friede und persönliche Sicherheit jedes einzelnen gehören zusammen. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, daß der Staat sie wirksam gegen Gewalt und Kriminalität schützt.

Obwohl die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen abgenommen hat, haben wir es in verschiedenen Bereichen heute mit besonders gefährlicher und zunehmend mit organisierter Kriminalität zu tun:

- Die **Rauschgiftkriminalität** wird auch unser Land vor gewaltige Anstrengungen stellen. Sie kann junge Menschen und ihre Familien ins Elend bringen und zieht andere kriminelle Delikte nach sich, vor allem andere Formen von **Gewaltkriminalität** wie Diebstahl, Raub, Mädchen- und Frauenhandel, Zwangsprostitution.
- **Straftaten gegen die Umwelt** haben oft erhebliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen.
- **Wirtschaftskriminalität** verursacht in den meisten Fällen hohen sozialen und wirtschaftlichen Schaden, der die Allgemeinheit erheblich trifft.

Deshalb brauchen wir in Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige Strafrechtspflege, von der Polizei über die Staatsanwaltschaft bis hin zu den Gerichten, und wir brauchen eine vorbeugende Verbrechensbekämpfung, wie sie mit dem neuen NRW-Polizeigesetz möglich geworden ist.

Weiter brauchen wir einen Strafvollzug, der die Wiedereingliederung von Straftätern ermöglicht.

Die Stabilität unserer Gesellschaft, der soziale Friede und die innere Sicherheit werden aber nicht nur durch kriminelles Handeln gefährdet, sondern in hohem Maße auch durch soziale Ungerechtigkeiten wie massenhafte Dauerarbeitslosigkeit und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus erzeugen soziale Ungerechtigkeiten häufig Kriminalität.

Die persönliche Freiheit des einzelnen zu sichern, bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe. Deshalb sichert die NRW-SPD die Demonstrationsfreiheit – sie ist die Pressefreiheit der vielen.

Deshalb wollen wir Sozialdemokraten das Recht auf Selbstbestimmung über die eigenen persönlichen Daten stärken – es schützt den Bürger vor Übergriffen des Staates. Deshalb müssen wir uns bei allen staatlichen Entscheidungen an sozialer Gerechtigkeit orientieren. Dann bleibt das Vertrauen in den Staat erhalten bzw. kann bei denjenigen zurückgewonnen werden, die sich von unserem Staat distanzieren haben. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft.

Sicherheit ist Bürgerrecht.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik will den inneren Frieden wahren und fördern. Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte, der persönlichen Unversehrtheit, der persönlichen Freiheit der

einzelnen. Liberalität, Sicherheit und Freiheit lassen wir Sozialdemokraten nicht gegeneinander ausspielen, die Konservativen rufen nach dem starken Staat und wollen schwache Bürgerrechte. Wir dagegen wollen zugleich Freiheit und Sicherheit. Wir wollen, daß der demokratische Rechtsstaat seine Stärke aus der Zustimmung seiner Bürgerinnen und Bürger bezieht.

Wir Sozialdemokraten kämpfen gegen den Rechtsextremismus in all seinen Varianten. Er gaukelt Lösungen für soziale Probleme vor, indem er Menschengruppen gegeneinander aufhetzt und damit den inneren Frieden gefährdet. Dagegen setzen wir eine Politik, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist.

Deshalb will die NRW-SPD durch soziale und ordnungspolitische Maßnahmen der Kriminalität vorbeugen. Sie kämpft aber auch gegen die soziale Ungerechtigkeit im Strafmaß: Steuerhinterziehung muß härter bestraft werden als Ladendiebstahl.

Wir Sozialdemokraten sehen auch nicht ein, daß in Zeiten dramatischer Wohnungsnot Wohnraum aus spekulativen Gründen in großem Maße leerstehen darf, während gleichzeitig jeder Hausbesitzer bestraft werden muß.

Die NRW-SPD will, daß das Sozialstaatsgebot auch in der Rechtspolitik Beachtung findet.

Die schwierigen Aufgaben in der Kriminalitätsbekämpfung erfordern eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen eine bürgernahe Polizei und keinen anonymen Apparat. Unsere Polizei soll in erster Linie Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger sein. Wir wehren uns dagegen, alle Probleme unserer Gesellschaft bei der Polizei abzuladen. Wir lassen die Polizei bei der Sicherung des inneren Friedens nicht allein.

Gewalt vermeiden und nicht provozieren.

In Nordrhein-Westfalen verlaufen fast alle Demonstrationen friedlich. Das Konzept der Landesregierung hat sich bewährt: Unsere Polizei vermeidet durch entsprechendes Verhalten so weit wie möglich Situationen, in denen Gewalt ausbrechen kann. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß diese „nordrhein-westfälische Linie“ inzwischen auch von anderen Bundesländern übernommen wurde.

Unser NRW-Konzept der Aus- und Fortbildung der Polizei hat sich bewährt: Bürgernähe ist kein Schlagwort geblieben, sondern in der Fortbildung mit Leben erfüllt worden.

Die Polizeidienststellen haben ihre Beratungsleistungen weiter ausgebaut. Die Sonderaktion zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche hat gezeigt, daß schnell auch auf neue Formen der Kriminalität reagiert werden kann. Aber es bleibt noch vieles zu tun.

Um die ständig wachsende Zahl von Gerichtsverfahren zu be-

schleunigen, hat die Landesregierung die Personalsituation der Justiz erheblich verbessert.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben den Datenschutz weiterentwickelt. Gerichte – soweit sie Verwaltungsaufgaben wahrnehmen – und Staatsanwaltschaften sind ebenfalls einbezogen worden. So sichern wir auch im Justizbereich Freiheitsrechte einzelner.

Innerhalb der Staatsanwaltschaften und bei der Kriminalpolizei haben wir Schwerpunkte gebildet zur Verfolgung sexueller Gewalt gegen Frauen. Auch diese Maßnahme ist in der Bundesrepublik vorbildlich.

Auf die besonderen Gefährdungen für den einzelnen und die ganze Gesellschaft durch die internationale Drogenmafia hat die Landesregierung mit einer eigenen „Drogeninitiative“ reagiert. Sie will

- Drogensucht durch Aufklärung vermeiden und zum Leben ohne Drogen motivieren,
- besondere Hilfen für die Drogenopfer bereitstellen, damit sie von der Sucht und ihren Folgen loskommen, auch durch die kontrollierte Ausgabe von Methadon,
- noch wirkungsvollere Maßnahmen gegen Ausbeuter und Nutznießer der Drogensucht,
- die professionellen Drogenhändler mit verbesserten Möglichkeiten des Strafrechts bekämpfen.

Dieses Programm soll für uns eine vorrangige Aufgabe in der nächsten Zeit bleiben, zumal die Drogenbeschaffungskriminalität einen zunehmend hohen Anteil auch anderer Bereiche der Kriminalität ausmacht.

Unser stärkstes Pfund: Stärkere Bürgerrechte in Nordrhein-Westfalen.

- Die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung soll bei Wahrung aller Bürgerrechte zu einem weiteren Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit ausgebaut werden.
- Der Kampf gegen organisierte Gewaltkriminalität, Umwelt- und Wirtschaftskriminalität soll ein Schwerpunkt der Rechtspolitik in den 90er Jahren werden.
- Die Bekämpfung der Drogensucht und der Rauschgiftkriminalität ist für uns Sozialdemokraten die vorrangige Aufgabe der Innenpolitik in der nächsten Zeit. Art und Umfang der Drogen- und Beschaffungskriminalität haben Ausmaße angenommen, die den einzelnen, die Gesellschaft und die staatliche Ordnung bedrohen. Hier müssen wirksame Strafvorschriften geschaffen werden, um die Drogenhändler um ihren kriminellen Gewinn zu bringen und ihnen die wirtschaftliche Basis zu entziehen.
- Wir Sozialdemokraten wollen die Polizei in Nordrhein-Westfalen konzeptionell, personell und technisch weiterentwickeln. Wir wollen die Ausbildung modernisieren, die Fort-

bildung intensivieren und die Besoldung aufgabengerecht gestalten.

- Wir wollen das Grundrecht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung in allen Rechtsbereichen umsetzen. Hierzu wollen wir präzise rechtliche Regelungen schaffen, wann Daten einzelner Bürger erhoben, verarbeitet oder weitergegeben werden dürfen.
- Wir wollen das Asylrecht wahren und die Asylverfahren beschleunigen.
- Wir lehnen den Bonner Entwurf für ein Ausländergesetz ab. Wir wollen ein Gesetz, das die Tatsache, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist, aber faktisch von vielen Menschen als solches in Anspruch genommen wird, rechtlich aufarbeitet und klare Regelungen schafft. Wir wollen nachprüfbar Kriterien dafür, wer bei uns bleiben kann und wem wir ein Aufenthaltsrecht verweigern müssen.
- Wir wollen die Justiz weiter modernisieren und uns auch künftig für weitere bundesgesetzliche Entlastungsmöglichkeiten einsetzen. Daneben wollen wir die vor- und außergerichtliche Streitschlichtung weiter nach Kräften fördern.
- Bei Gericht, Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei wollen wir die Fortbildung bei der Verfolgung schwerer Kriminalität vor allem auch bei der Verfolgung von Sexualdelikten gegen Frauen, intensivieren.
- Wir werden uns künftig im Bundesrat für wirksame Regelungen im Bereich des Umwelthaftungsrechts, für eine praktikable und finanzierbare Reform des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts, für eine sozial ausgewogene Neugestaltung des Konkursrechts sowie für gesetzliche Regelungen der Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnik einsetzen, die die Menschenwürde und den Freiheitsraum der einzelnen respektieren.

Zum inneren Frieden gehört auch die Integration der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

Deshalb müssen wir denjenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben, die Einbürgerung erleichtern. Ausländer der dritten Generation sollen durch Geburt, Ausländer der zweiten Generation auf Antrag und gebührenfrei eingebürgert werden. Aber wir müssen auch diejenigen respektieren, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erwerben wollen.

Auch ihnen soll die Möglichkeit der Mitwirkung auf örtlicher Ebene gegeben werden. Deshalb will die NRW-SPD in der nächsten Legislaturperiode unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ein Gesetz für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer erarbeiten und drängt auf eine europäeinheitliche Regelung.

9. Statt Schulkampf: Kein Kind wird ausgesperrt.

Bildung entwickelt die eigene Persönlichkeit; sie ist ein Bürgerrecht.

Eine gute Ausbildung ist zum wichtigsten Rohstoff der hochentwickelten Industrieländer geworden. Jede weitere wirtschaftliche Entwicklung ist auf das Wissen und Können der arbeitenden Menschen angewiesen. Auch für die Weiterentwicklung des humanen Zusammenlebens ist eine gute Ausbildung Voraussetzung.

Unsere Kinder und Jugendlichen, aber auch wir Erwachsenen werden lebenslang lernen. Dies ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine große Chance für alle Generationen: Wir profitieren von den Erfahrungen der Älteren, der Ungeduld der Jüngeren, von der Qualifikation aller.



Aufstieg durch Bildung ermöglichen, nicht versperren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen jedes Kind, jeden Jugendlichen, jeden Erwachsenen nach seinen Neigungen und Befähigungen fördern. Deshalb setzen wir **Chancengleichheit** für alle gegen Privilegien für wenige. Nicht Geld und Einfluß oder Schulabschluß der Eltern dürfen darüber entscheiden, welche Ausbildung ihr Kind bekommt.

Mädchen und Jungen, junge Frauen und junge Männer sollen gleiche Chancen im Bildungswesen haben. Eltern und Schüler sollen ohne staatliche Bevormundung entscheiden können, welche Schulform sie wählen. Wir wollen **soziale Gerechtigkeit** auch in der Ausbildung und keinen erbarmungslosen Konkurrenzkampf für Kinder. Jeder hat Anspruch auf volle Entfaltung seiner Fähigkeiten und Neigungen.

Freude am Lernen und Leistungsbereitschaft gehören zusammen. Wir lassen nicht zu, daß eines gegen das andere ausgespielt wird.

Wir wollen, daß es weiterhin zum Auftrag der Schulen in unserem Lande gehört, Kinder und Jugendliche zur Demokratie zu erziehen. Deshalb sollen sie neben der fachlichen Bildung lernen,

- die eigene Meinung zu vertreten und die Meinung anderer zu respektieren,
- Verständnis und Toleranz gegenüber den Entscheidungen anderer zu entwickeln,
- soziale und politische Verantwortung zu übernehmen und gemeinsame Interessen wahrzunehmen,
- undemokratische Verhaltensweisen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken,
- das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker anzuerkennen und zu achten und für das friedliche Leben aller Menschen einzutreten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen setzen auf demokratisches Engagement, nicht auf staatliche Indoktrination. Ideologisierung, konservative Einseitigkeit, autoritären Zwang, Dirigismus und rigide Auslese lehnen wir ab. Wir wollen weltanschaulichen Pluralismus, das be-

ratende Gespräch mit Eltern und die bestmögliche Förderung der einzelnen Kinder und Jugendlichen.

**Chancengleichheit beginnt im Kindergarten.
Platz für jedes Kind.**

Auf dem Weg zur Chancengleichheit im Bildungssystem sind wir in Nordrhein-Westfalen entscheidende Schritte weitergekommen.

Die Landesregierung hat die Kindergärten zu einem eigenständigen Bereich unseres Bildungswesens ausgebaut, weil gerade die frühe Förderung für den Bildungsweg des Kindes entscheidend ist.

Immer mehr Eltern wollen dieses Angebot an elementarer Bildung für ihre Kinder nutzen. Daher stieg trotz niedriger Geburtenzahlen die Nachfrage in den vergangenen Jahren ständig. Die Landesregierung hat deshalb die Zahl der Kindergartenplätze kontinuierlich erhöht. Gegenwärtig baut sie pro Jahr rd. 20.000 Plätze zusätzlich. Wir Sozialdemokraten werden unsere Anstrengungen zum Ausbau der Kindergärten solange fortsetzen, bis die Nachfrage befriedigt ist. Unser Ziel ist, daß jedes Kind einen Platz findet. Dazu ist eine sozialgerechte Kostenbeteiligung der Eltern notwendig. Unser neues pädagogisches Konzept der Grundschule hat weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus Beachtung und Zustimmung gefunden.

Immer mehr Kinder gehen länger zur Schule, streben höhere Bildungsabschlüsse an und erreichen sie.

Der Schulabschluß ist wegen der Durchlässigkeit unseres Bildungssystems nicht bereits beim Schulanfang festgelegt. Damit wird unsere Schule den individuellen Möglichkeiten der Kinder gerecht und ein Schritt zur Chancengleichheit kann verwirklicht werden.

Von hundert Kindern im Alter von 10 Jahren besuchen jetzt 37 ein Gymnasium, 25 eine Hauptschule, 23 eine Realschule, und 15 Kinder gehen zur Gesamtschule. Dabei wachsen die Anteile der Gymnasien und Gesamtschulen am stärksten. An den Gesamtschulen gibt es eine noch höhere Nachfrage.

Die integrierte Gesamtschule verwirklicht die Ziele von Chancengleichheit und sozialem Lernen am besten. Deshalb freuen wir Sozialdemokraten uns über die inzwischen 131 Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen, die auf Wunsch der Eltern eingerichtet wurden. Aber immer noch können nicht alle Eltern ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken, obwohl sie es gerne möchten. Deshalb wollen wir, daß die Gesamtschule überall im Land angeboten wird.

Die Vielfalt der Schulangebote in unserem Land ist ein besonderes Kennzeichen unserer Schullandschaft. Die Grundschule ist zu einer kindgerechten Schule ausgebaut worden. Wir haben im Land überall leistungsstarke Haupt- und Realschulen, deren Abschlüsse und Berechtigungen einen guten Ruf genießen. Wir haben das Gymnasium pädagogisch weiterentwickelt. Es ist eine von uns akzeptierte und geförderte Schulform.

Gerade die Benachteiligung von Mädchen hat die NRW-SPD hier erfolgreich abgebaut.

Die Leistungsfähigkeit der Hauptschulen wurde durch das 10. Schuljahr und das erweiterte Bildungsangebot gestärkt.

Das Interesse der Eltern an Realschulplätzen ist stabil; Berufswahlvorbereitung und Fächerwahl bestimmen zunehmend das Profil dieser Schulform.

In der Kollegschule werden berufliche und allgemeine Bildung integriert. Daher stößt der Aufbau der Kollegschulen auf hohe Nachfrage in den Gemeinden; die Anerkennung der Abschlüsse dieser neuen Schule überall in der Bundesrepublik haben wir durchgesetzt.

Die beruflichen Schulen haben schnell und vielfältig auf die gestiegenen Anforderungen der Berufswelt reagiert. In der Zeit der Jugendarbeitslosigkeit haben sie mit ihren Bildungsangeboten spürbar den überforderten Arbeitsmarkt entlastet. Das Land hat Bildungswege beruflicher Schulen bis zum Abitur geöffnet und mit Millionenbeiträgen die Modernisierung ihrer Ausstattung unterstützt.

Modelle gemeinsamen Lernens von behinderten und nichtbehinderten Kindern sind entwickelt, die Lehrerversorgung unserer Sonderschulen ist verbessert worden. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und daher vor allem unsere Aufmerksamkeit der Schule für Lernbehinderte widmen.

Und schließlich: Nirgendwo in Europa wird die Weiterbildung stärker gefördert als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Seit 1975 haben wir mit über 3 Mrd. DM dafür gesorgt. Denn wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Weiterbildung ist gut für unser Land, seine ökonomische und ökologische Erneuerung, seinen sozialen Frieden, seine politische Stabilität und seine kulturelle Entwicklung.

Vielfalt statt Privilegien – so machen wir Schule.

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine humane Schule, die neben der Fachqualifikation zu Freiheit, Mündigkeit und Verantwortung erzieht. Die moderne Schule soll den Kindern und Jugendlichen altersgemäß umfassende Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, damit sie sich in der Gegenwart orientieren und die Zukunft gestalten können.
- Öffnung von Schule und Gestaltung des Schullebens sind ein wichtiger Beitrag zur inneren Reform aller Schulen: Wir Sozialdemokraten wollen, daß Schule und Gemeinde oder Stadtteil sich füreinander öffnen.
- Die NRW-SPD wird alles daran setzen, unser zukunftsorientiertes Schulwesen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Sie wird sorgfältig darauf achten, daß das Recht der Eltern, zwischen unterschiedlichen Schulformen und Bildungswegen zu wählen, gewahrt bleibt oder hergestellt wird. Wir Sozialdemokraten streben deshalb an, daß überall dort, wo Eltern das wollen, Gesamtschulen, in der Regel als Ganztagschulen, angeboten werden und erreichbar sind. Im ländlichen Raum müssen den Kindern und Jugendlichen alle Abschlüsse der verschiedenen Schullaufbahnen in unmittelbarer Nähe angeboten werden.
- Wir halten Ganztagschulen an allen weiterführenden Schulformen für sinnvoll, soweit sie von den Eltern gewünscht werden. Neue Formen der Ganztagsbetreuung von Kindern an Grundschulen müssen erprobt und aufgebaut werden.
- Die Hauptschule ist vielerorts zu einem Lernort für die Schwächsten in unserer Gesellschaft geworden. Wir werden ihre gute pädagogische Arbeit weiterhin materiell und

inhaltlich besonders stützen, um allen Kindern gerechte Chancen zu sichern.

- Die NRW-SPD will das Gymnasium weiterentwickeln. Die gesamte Pädagogik auch dieser Schule soll davon geleitet werden, die Schüler zu fördern und nicht auszusondern. Fächerübergreifendes Lernen und Öffnung zur Arbeitswelt sind weitere Prinzipien, von denen wir Sozialdemokraten wollen, daß sie den Unterricht des Gymnasiums stärker als bisher bestimmen. Die konservative Bildungspolitik will die Schülerströme zu den Gymnasien reduzieren. Sie will das Gymnasium durch verschärfte Auslese und verkürzte Schulzeit wieder zur Privilegierten-Schule machen. Das lehnt die SPD ab.
- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fördern die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler. Dies gilt für alle Schulformen und Schulstufen. Wir sichern die Vielfalt an Sonderschulformen, wo es im Interesse der Kinder und Jugendlichen liegt.
- Die Integration nicht deutschsprachender Schülerinnen und Schüler in unser Schulwesen ist eine schwierige Aufgabe der Lehrer, Schüler und Eltern aller Schulformen. Die Hauptlast tragen dabei zur Zeit die Grund- und Hauptschulen. Nur der Zugang zu allen Bildungsabschlüssen aber kann ihre Eingliederung in unsere Gesellschaft erleichtern. Für diese neue Herausforderung unserer Schulen brauchen wir eine aufgabengerechte Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern.
- Der Ausbau der Kollegschulen und des beruflichen Schulwesens einschließlich der Fachschulen muß so zügig wie möglich fortgesetzt werden. Wir wollen den Lehrernachwuchs gerade für die beruflichen Schulen sichern, die Schüler-Lehrer-Relation der Berufsschule schrittweise verbessern und die technologische Ausrüstung der Schulen vervollständigen. Wir wollen, daß die Kollegschulen aus dem Schulversuch entlassen und Regelschulen werden.
- Wir wollen die Kooperationsmöglichkeiten zwischen einzelnen Schulen stärker nutzen und hierzu verstärkt Beratung und Hilfe anbieten.
- Wir werden in den 90er Jahren wieder mehr Lehrer einstellen können. Wir wollen, daß das Land im notwendigen und finanzierbaren Umfang jährlich Lehrerinnen und Lehrer einstellt, auch um Unterrichtsausfall abzubauen, pädagogisch vernünftige Klassengrößen zu ermöglichen und erfolgreiche pädagogische Veranstaltungen wie das erweiterte Bildungsangebot abzusichern.
- Aber Einstellungszahlen sind nicht alles. Besonders dringlich ist die Überprüfung der Organisation der Lehrerrücklage, um eine gerechte Bedarfsdeckung zu erreichen. Die kommunale bzw. regionale Mitwirkung muß gestärkt, von den Lehrern mehr Mobilität erwartet werden.
- Der Umgang mit neuen Informationstechnologien muß an allen weiterführenden Schulen erlernt, ihre gesellschaftlichen Folgen müssen verdeutlicht werden.
- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen in den Schulen die Umwelterziehung verstärken, damit junge Menschen verantwortlich und kompetent an der Beseitigung von Schäden arbeiten und neue Schäden vermeiden können.
- Wir wollen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich Mädchen besonders fördern und sie bei einer zukunftsorientierten Berufswahl unterstützen. Wir wollen die partnerschaftliche, gleichberechtigte Erziehung von Mädchen und Jungen zu einem Schwerpunkt der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern machen.
- Wir wollen in den Schulen große Anstrengungen unternehmen und viel Phantasie mobilisieren, um darauf hinzuwirken

ten, daß Jugendliche vor Drogen bewahrt bleiben, die sie in Wirklichkeitsflucht und Selbstzerstörung treiben.

- Wir wollen die in Nordrhein-Westfalen besonders gut ausgebauten Angebote für das Erlernen von Fremdsprachen – u. a. durch mehr zweisprachige Unterrichtsformen und durch Angebote in den Grund- und Hauptschulen – verbreitern, um unsere Jugend auf den europäischen Einigungsprozeß besser vorzubereiten.
- An den Schulen des 2. Bildungswegs sind wir für eine Flexibilisierung des inhaltlichen Angebots (Baukastensystem) und der pädagogischen Organisation (Kooperation).
Wir sagen Ja zur Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen; zum weiteren Ausbau unseres Weiterbildungsgesetzes; zu verbesserten Informations- und Beratungsmöglichkeiten; zur umfassenden Akzeptanz für den Bildungsurlaub in Rechtssicherheit für alle Beteiligten, insbesondere auch für gewerkschaftliche Arbeitnehmerweiterbildung, durch eine entsprechende Novellierung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes zum Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Weiterbildung; zur verstärkten Zielgruppenarbeit für Frauen, Ältere, Aus- und Übersiedler und Europa.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Bildungsreform fortsetzen, in der wir unser Bildungswesen im europäischen Rahmen weiterentwickeln können: human und effektiv zugleich, hilfreich bei der Bewältigung von Zukunftsaufgaben, der Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung verpflichtet.

Wir sorgen dafür: Unsere Hochschulen bleiben vorn.

Die Entwicklung einer modernen Gesellschaft bedarf der Wissenschaften. Deshalb haben wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft der Welt geschaffen. Von daher kommen wesentliche Lösungsvorschläge zur gesellschaftlichen und ökologischen Erneuerung und zur kulturellen Vielfalt. Deshalb müssen Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Geisteswissenschaften und die Künste an den Hochschulen unseres Landes ihren Platz haben.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an Forschung und Lehre steigen. Entgegen den bisherigen Prognosen sind die Zahlen der Studienanfänger und Studierenden gestiegen. Auch in den 90er Jahren wird ein Rückgang nicht erwartet. Die Landesregierung zieht daraus Konsequenzen beim Hochschulbau, bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, bei der Forschungsförderung, beim Bau von Studentenwohnheimen, beim Ausbau der Fachhochschulen und bei der weiteren Verbesserung der Studienbedingungen.

Freiheit von Forschung und Lehre gibt den Hochschulen einen Gestaltungsspielraum. Innerhalb dieses Spielraumes müssen sie jedoch den Ansprüchen der demokratischen Gesellschaft gerecht werden.

Die Hochschulen arbeiten mit Steuermitteln. Sie sind deshalb auch der Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben in besonderer Weise Rechenschaft schuldig.

- Die Forschung und Entwicklung,
- die Lehre und Ausbildung,
- die wissenschaftliche Weiterbildung,
- die künstlerische Ausbildung und die Entwicklung der Künste leisten ihren Beitrag für die ökonomische, ökologische und soziale Erneuerung unseres Landes.

Die Vielgestaltigkeit im Hochschulbereich ist zu sichern. Die verschiedenen Hochschultypen sollen folgende Forderungen erfüllen:

- die Öffnung der traditionellen Hochschulen auch für Nicht-Abiturienten,
- die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hochschultypen für Studierende,
- die Integration von Forschung, Lehre, Praxis,
- die Weiterentwicklung inhaltlich differenzierter und zeitlich gestufter Abschlüsse.

Die Absolventen unserer Hochschulen müssen in ganz Europa Chancen haben. Dafür schaffen wir weiterhin die rechtlichen Voraussetzungen.

Die in Nordrhein-Westfalen am Prinzip der Regionalisierung orientierte Hochschullandschaft darf auch unter möglichen veränderten demographischen Bedingungen im Hochschulbereich nicht aufgegeben werden. Deshalb sollen alle bisherigen Hochschulstandorte erhalten bleiben. Gerade kleinere Hochschuleinheiten haben ihre besondere Leistungsfähigkeit bewiesen.

Unsere Hochschulen sind Ausbildungsstätten für inzwischen fast eine halbe Million junger Menschen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Neigungen, Fähigkeiten und Interessen. Ihren Ausbildungswünschen wird das akademische Lehrangebot nicht immer gerecht. Auch die Vermittlung der Lehrangebote muß qualifiziert werden. So ist es auf Dauer nicht erträglich, wenn in manchen Studiengängen von 100 Anfängern nur 20 zum Examen gelangen. Das Lehrangebot der Hochschulen muß den Interessen der Studierenden besser gerecht werden.

Wir Sozialdemokraten wollen ein neues Engagement für die Lehre. Wir wollen mehr Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinaus. Der Benachteiligung der Frauen an den Hochschulen wollen wir durch eine zügige Umsetzung des Frauenförderungsprogramms für den Hochschulbereich entgegenwirken.

Zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung sind im Land Nordrhein-Westfalen zahlreiche Ansätze zu verzeichnen wie z. B. die „Initiative Zukunftstechnologien“ und die sozialverträgliche Technikgestaltung, durch die neue Schwerpunkte geschaffen worden sind.

Durch die Förderung gezielter Projekte ist es gelungen, die allgemeinen Ansprüche an eine soziale und gesellschaftlich verantwortliche Forschungspolitik auf konkrete Forschungsvorhaben zu beziehen und sie somit effizienter wirksam werden zu lassen.

Ethisch verantwortliche Forschung schließt die Verantwortung gegenüber dem Tier als Lebewesen ein. Daher sollen Tierversuche in der Forschung soweit als möglich durch andere Verfahren ersetzt werden. Die Entwicklung alternativer Überprüfungsmethoden werden wir fördern.

10. Jährliche Neuverschuldung des Landes halbiert.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen die Konsolidierung des Landeshaushaltes fortsetzen. Wir werden die jährliche Neuverschuldung weiter zurückführen. Konsolidierung ist für uns kein Ziel an sich: Sie ist ein Mittel, um mittel- und langfristig die finanziellen Voraussetzungen zu sichern für die ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Landes in sozialer Verantwortung.

Die Konsolidierung dient auch der gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen: Eine ungebremste Verschuldung heute würde die nächste Generation mit Zins und Tilgung überlasten und ihr den nötigen Spielraum für eigene politische Entscheidungen nehmen.

Die NRW-SPD hat in den vergangenen Jahren durch klare Prioritäten und kräftige Umschichtungen im Haushalt deutlich gemacht, daß auch bei schwieriger finanzieller Lage politische Gestaltung möglich bleibt. Politische Gestaltung schließt Opfer und Verzicht ein. Auch morgen wird sich nicht alles finanzieren lassen, was wir mit guten Gründen für wünschenswert halten; wir müssen uns auf die dringend notwendigen Aufgaben und Ausgaben beschränken.

In zäher, mühsamer Arbeit haben wir die jährliche Neuverschuldung des Landes seit 1981 halbieren können. Diesen Erfolg haben wir in Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft erzielt. Hierzu haben die Gemeinden einen gewichtigen Beitrag geleistet.

Nordrhein-Westfalen hat von 1981 bis 1988 den niedrigsten Ausgabenzuwachs aller Bundesländer. Wir haben das erreicht trotz der hohen Sonderbelastungen vor allem durch die Kohle, trotz der jahrelangen Benachteiligung unseres Landes beim Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungs-

zuweisungen und trotz der Steuerpolitik der Bundesregierung, die immer wieder zu erheblichen Steuerausfällen für Land und Gemeinden geführt hat und weiter führt.

Auch das Steuersystem soll die Umwelt schützen.

Wir brauchen ein Einnahmesystem, das verstärkt ökologische Ziele Rechnung trägt.

Eine daraus folgende Neuordnung der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muß den jeweiligen Aufgaben gerecht werden. Durch Bundesentscheidungen wurden in der Vergangenheit den Ländern und Gemeinden Mittel entzogen oder neue kostenintensive Aufgaben zugewiesen. Das muß Schluß sein. Die Länder und die Gemeinden müssen in Zukunft damit rechnen können, daß ihnen ein entsprechender finanzieller Ausgleich zuteil wird.

Der Föderalismus lebt davon, daß die Länder über die Steuereinnahmen und ihre Zuteilung mitentscheiden. Diesen Grundsatz wollen wir in Zukunft verstärkt zur Geltung bringen.

Wer die Steuerquote senken will, handelt nach unserer Überzeugung kurzsichtig und auf Kosten zukünftiger Generationen. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen beteiligen uns deshalb nicht an dem Wettlauf, die meisten Steuersenkungen zu versprechen. Wir halten es gegenüber zukünftigen Generationen nicht für verantwortbar, wenn dem Staat durch Steuersenkungen die finanziellen Mittel entzogen werden, die er braucht, um seiner Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden.

11. Ja zur Umwelt – Nein zur Kernenergie.

Unsere Zukunft hängt davon ab, daß es uns gelingt, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu erhalten. Dazu reichen Einzelmaßnahmen im Umweltschutz nicht mehr aus.

Wir brauchen eine grundlegende ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft im technologischen und sozialen Wandel. Zukünftig muß mit erheblich geringerem Rohstoff- und Energieeinsatz bei geringerer Schadstoffbelastung, bei verringertem Müllaufkommen und mit verminderten Risiken produziert werden.

Die Umstellung unserer Wirtschafts- und Lebensweise auf umweltverträgliche Produktionsprozesse und die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse im alltäglichen Leben ist lebensnotwendig. Bei uns gibt es genügend technologische Möglichkeiten und genügend Investitionsspielräume, um weniger Lärm, saubere Luft, ökologisch intakte Flüsse und Seen, reines Trinkwasser, unverseuchte Böden und gesunde Lebensmittel zu ermöglichen.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen müssen deshalb Investitionen dafür eingesetzt und darauf ausgerichtet werden, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und wiederherzustellen. Nur dann lassen sich die Gefahren abwenden, die den Menschen und der Umwelt z. B. durch die Klimaveränderungen, durch die Zerstörung der lebensschützenden Ozonschicht, durch das Waldsterben und durch das ökologische Umkippen von Nord- und Ostsee drohen. Außerdem bieten Umweltschutzinvestitionen auch erhebliche Exportchancen für unsere in der Umstrukturierung befindliche Wirtschaft.

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze.

Nordrhein-Westfalens Entwicklung zum „Spitzenland der Umwelttechnologie“ beweist dies. Deshalb können ökologische und ökonomische Ziele, Arbeit und Umwelt miteinander verbunden werden. Der Strukturwandel der Wirtschaft, die Energieversorgung, das Verkehrssystem, die Müll- und Abwasserentsorgung sollen so gestaltet und Investitionen so gesteuert werden, daß die ökologische Erneuerung vorangetrieben wird und zugleich humane und sichere Arbeitsplätze für die Menschen geschaffen werden. Dies ist die zentrale Aufgabe für fortschrittliche Reformpolitik im nächsten Jahrzehnt.

Nur umweltverträgliche Arbeitsplätze sind auf Dauer sichere Arbeitsplätze.

Blauer Himmel über der Ruhr.

In eineinhalb Jahrzehnten Umweltpolitik konnte eine Menge erreicht werden, gerade in Nordrhein-Westfalen. Mit einem Recyclinganteil bei den gewerblich-technischen Abfällen von 50 Prozent liegen wir an der Spitze in Europa, es gibt mehr Natur- und Landschaftsschutzgebiete als je zuvor, die Belastung unserer Flüsse mit giftigen Schwermetallen hat deutlich abgenommen, ebenso die Belastung der Luft mit Schwefeldioxid, Stickoxiden und Stäuben. Der Himmel über Nordrhein-Westfalen ist blauer geworden.

Vorsorge statt Reparatur ist die Leitlinie, um Raubbau an der Natur und neue Belastungen der Umwelt mit neuen Stoffen von vornherein zu verhindern.

Das ökologisch Notwendige muß zum Prinzip des ökonomischen Handelns selbst werden.

Unser Ziel: Grünste Industrieregion der Welt.

Diesem neuen Denken entspricht eine Umweltpolitik, die dafür sorgt, daß sich die „Umweltkosten“ künftig in den Produktionskosten niederschlagen. Das Steuer- und Abgabensystem muß so umgestaltet werden, daß Umweltvorsorge sich lohnt.

Aber auch Ge- und Verbote, Grenzwerte und Auflagen sowie große und öffentliche Investitionen in den ökologischen Umbau sind unverzichtbar. Die Kontroll- und Mitwirkungsrechte der Beschäftigten und der Bevölkerung, der Umwelt- und Verbraucherverbände müssen gestärkt werden. Öffentliche und private Investoren müssen bei der Einführung von Produkten, Techniken und Verfahren von vornherein nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Das gilt von der Gentechnologie bis zum Abfall. Umweltverträglichkeitsprüfungen sind durchzuführen.

Wenn es aus ökologischen Gründen erforderlich ist, müssen auch bisherige Produktionen umgestellt und in Einzelfällen bestimmte Produkte verboten werden. Dies gilt von der Chemie bis zur Landwirtschaft.

In der Entwicklung von Alternativen entsteht wissenschaftlich-technisch-betriebliches Know-how, das angesichts steigender Nachfrage nach umweltverträglichen Produkten zunehmend auch wirtschaftliche Bedeutung gewinnt. Schon heute ist Nordrhein-Westfalen das weltweit führende Umweltforschungs- und Umwelttechnologie-land.

Umwelttechnologie ist eine strukturpolitische Chance für unser Land, ein wichtiger Zukunftspfad.

Vorrang für Kohle und Energieeinsparung.

Dreh- und Angelpunkt für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ist die Verringerung des Energieeinsatzes und des beim Energieverbrauch entstehenden Schadstoffanfalls. Deshalb muß die Energieversorgung ebenso wie das Verkehrssystem umstrukturiert werden.

Wir Sozialdemokraten wollen moderne Technik nutzen und fördern für den sparsamen Umgang mit Energie, für rationelle Energiegewinnung und -nutzung, für die umweltverträgliche Nutzung der heimischen Kohle, für neue, unerschöpfliche Energiequellen. Wir wollen den weiteren Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Die Stromtarife müssen Sparsamkeit beim Energieverbrauch begünstigen. Der Wärmeschutz bei Neu- und Altbauten muß verbessert werden.

Nordrhein-Westfalen betreibt seit Jahrzehnten eine besondere Energiepolitik. Dabei stehen das Energiesparen, die Entwicklung alternativer Energien und die Kohlevorrangpolitik im

Mittelpunkt. Diese Politik gewährleistet Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit und bringt Kohletechnologien mit verbesserten Wirkungsgraden mit sich, die in besonderer Weise innovativ und flexibel sind und einen Beitrag zur Entlastung des Klimaproblems leisten.

Im Bereich der umweltfreundlichen Kohlenutzung wurden erhebliche Fortschritte gemacht und weitere zeichnen sich konkret ab. Das gilt insbesondere für die Verbesserung des Wirkungsgrades der Kohle. Wir Sozialdemokraten wollen das Kohlekraftwerk der Zukunft, das Umweltbeeinträchtigungen nach dem bestmöglichen Stand von Wissenschaft und Technik so gering wie möglich hält. Diese Fortschritte können weltweit zur Minderung der zur Klimakatastrophe führenden Risiken eingesetzt werden.

Die Kohlevorrangpolitik der Landesregierung, die auf der Nutzung der heimischen Lagerstätten basiert, war Voraussetzung dafür, daß unser Land Nordrhein-Westfalen den Weg in die Abhängigkeit von der Kernenergie nicht mitgegangen ist und im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin nicht mitgehen wird.

Allen, die nach Alternativen zur Stromproduktion aus Kernenergie suchen, stehen wir in Nordrhein-Westfalen mit Erfahrung und Technologie, die ökologisch verantwortbar und ökonomisch wirkungsvoll ist, zur Verfügung.

Die SPD hat sich 1986 für den Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie entschieden, weil sie die mit der kommerziellen Nutzung der Kernenergie verbundenen Risiken nicht für verantwortbar hält. Solange die gegenwärtige Kernenergienutzung Realität ist, muß in jedem Fall gelten: Sicherheit ist oberstes Gebot.

Und dementsprechend sagen wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen:

Der Schnelle Brüter in Kalkar darf nicht ans Netz gehen. Für uns ist die Plutoniumwirtschaft nicht verantwortbar.

Und Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit: Das Kernkraftwerk Würgassen darf nicht mehr ans Netz gehen, wenn die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht gewährleistet ist.

Der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm und der Versuchsreaktor in Jülich werden endgültig stillgelegt.

Nicht nur die Sicherheitsrisiken für die jetzt lebenden Menschen und die späteren Generationen sprechen gegen die Kernenergie, sondern auch ihre Wirtschaftlichkeit steht immer mehr in Frage. Wie die Ausfälle der französischen Kernkraftwerke zeigen, wird auch die Versorgungssicherheit durch die Kernenergie nicht wirklich gewährleistet.

Folglich suchen inzwischen auch Kernkraftwerksbetreiber nach neuen Wegen. Wir Sozialdemokraten unterstützen sie dabei.

Wir wissen: Diese Überzeugung und Verantwortung sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Mittel- und langfristig ist es daher nötig, den gegenüber heute verminderten Energiebedarf durch ein Energieversorgungssystem zu decken, das in wachsendem Maße auch die unerschöpfliche und umweltverträgliche Sonnenenergie nutzt.

Unabhängig von der weiteren Nutzung der Kernenergie muß aber die Entsorgung der Kernenergieabfälle endlich tatsächlich gelöst werden. Dabei lehnt die SPD aber die Wiederaufarbeitung wegen der mit ihr verbundenen Risiken ab und fordert unverändert die direkte Endlagerung. Auch die Kernenergiewirtschaft selbst hat dies jetzt zunehmend erkannt.

Müllvermeidung und Müllverwertung statt Müllexport.

Abfallvermeidung und Abfallverwertung sind die wichtigsten

Elemente einer ökologischen Abfallwirtschaft. Dazu fordert die NRW-SPD schärfere Bundesgesetze zur Müllvermeidung und Schadstoffreduzierung. Eine Reform des Bundes- und Landesgesetzes soll die Müllvermeidung und die Müllverwertung wesentlich verstärken. Hier liegen auch in Zukunft die Schwerpunkte der Forschung.

Das Landesabfallgesetz verpflichtet Städte und Kreise zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten. Damit müssen die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften die Möglichkeiten der Entsorgung aufzeigen, sich zu den erforderlichen Standorten bekennen und die Verantwortung für deren Umsetzung wahrnehmen.

Die notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung sollen dargestellt werden. Wenn diese ausgeschöpft sind, ist der Ausbau von Müllverbrennungsanlagen gerechtfertigt.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen setzen uns ein für eine Beschleunigung der Erarbeitung von Plänen für die Bereiche Siedlungsabfall und produktionspezifische Abfälle. Bei der Verwertung sind die Möglichkeiten des stofflichen Recyclings auszuschöpfen und die umweltfreundlichsten Verfahren anzuwenden. Für die Entsorgung des dennoch anfallenden Restmülls und für die Sanierung von Altlasten sind chemische, physikalische, biologische, thermische und mechanische Anlagen und auch Deponien notwendig, die auf dem jeweils neuesten Stand der Technik Sicherheit und Umweltverträglichkeit gewährleisten müssen. Zum Aufbau einer ökologisch vertretbaren Abfallwirtschaft im eigenen Land gibt es keine verwertbare Alternative. Müllexport lehnt die NRW-SPD ab.

Wir sichern damit für Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende, die lokalen Standortstrukturen in besonderer Weise berücksichtigende und jeglichen Mülltourismus vermeidende Standortvorsorge. Zugleich sollen diese ökologisch ausgerichteten Konzepte in Programme eingebunden sein, die den neuesten Stand der Technik in der Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung voranbringen und die lokalen Wirtschaftsstrukturen fördern.

Sollten diese Maßnahmen nicht greifen, werden wir über andere landesplanerische Maßnahmen zur Standortsicherung im Rahmen der Abfallentsorgung beraten müssen.

Erhaltung bäuerlicher Landwirtschaft und Schutz der Natur.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen eine bäuerliche Landwirtschaft erhalten und fördern. Wir sind gegen Massentierhaltung und Agrarfabriken.

Eine stärker ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft muß für die Landwirte ökonomisch abgesichert werden. Deshalb muß die EG-Agrarpolitik reformiert werden.

Dazu gehören eine stärkere Regionalisierung, die Harmonisierung der Umwelt- und Verbraucherstandards auf hohem Niveau, faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirte und Gärtner und eine existenzfördernde Einkommenspolitik.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen will eine flächenbezogene Tierhaltung und Extensivierungsprogramme mit Schwerpunkten im Bereich Natur- und Gewässerschutz.

Sie will den ökologischen Landbau fördern und die Marktstellung der Landwirte und Gärtner durch neue Formen der Kooperation zwischen Produzenten, Handel und Verbraucherorganisationen stärken.

Jeder Verbraucher hat darauf Anspruch, gesundheitlich unbedenkliche und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel angeboten zu bekommen.

Naturschutz ist Artenschutz und Landschaftsschutz.

Nach der Umsetzung des Feuchtwiesenschutzprogramms, des Mittelgebirgsprogramms und des Naturschutzprogramms Ruhrgebiet geht es künftig um die Sicherung aller noch vorhandenen naturnahen Lebensräume, den Erhalt von historischen Kulturlandschaften und um die Sicherung von Ausgleichs- und Vernetzungsräumen in einer sich weiter verändernden Agrarlandschaft.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen

- ein landesweites Netz von biologischen Stationen aufbauen,

- spezielle Gewässerenschutzprogramme für die großen Flüsse unseres Landes wie Rhein, Sieg, Ruhr, Weser, Ems entwickeln,
- ein landesweites Extensivierungsprogramm in Naturräumen mit besonderer Bedeutung für Natur-, Boden- und Gewässerschutz anbieten und
- die Umsetzung der Landschaftsplanung weiter vorantreiben.

Zum Boden- und Gewässerschutz und zur verantworteten Entsorgung gehören auch die Erneuerung und der Ausbau der Kanalisationen und der Kläranlagen. Wir werden diesen in den nächsten zehn Jahren zum Schutz der Meere und unserer Fließgewässer in erheblichem Umfang fördern. Nach der Entschwefelung und Entstickung der Kohlekraftwerke ist dies das größte ökologische Umrüstungsprogramm in Nordrhein-Westfalen.



12. Wir wollen eine durchschaubare Verwaltung.

Öffentliche Verwaltung ist Dienstleistung für Bürgerinnen und Bürger. Sie muß daher bürgernah organisiert sein; sie unterliegt politischer Verantwortung und Kontrolle.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen setzt auf Verantwortlichkeit und Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Nur wenn diese Beteiligung bei den Planungen der Verwaltung frühzeitig und umfassend erfolgt, wird sie angenommen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen Jahren diese Bürgerbeteiligung immer weiter ausgebaut. Abschied vom Obrigkeitsstaat – das war die Devise, und hier waren wir erfolgreich.

Diesen Weg wollen wir Sozialdemokraten weitergehen:

- Neben dem Datenschutz wird der Informationsfreiheit größtes Gewicht zu geben sein, um die Entscheidungsabläufe für die Bürger durchschaubarer zu machen. Information ist die Voraussetzung wirksamer Bürgerbeteiligung. Zur Förderung der Informationsfreiheit wollen wir für alle Bereiche des Verwaltungshandelns Wege zu möglichst weitgehenden Informations- und Beteiligungsrechten suchen.
- Wir wollen die Verwaltungen auf allen Ebenen verstärkt daraufhin überprüfen, welche ihrer Aufgaben entbehrlich oder überholt sind, auch, welche Aufgaben delegiert oder vereinfacht werden können. Diese Aufgabenkritik soll Verwaltungshandeln durchschaubarer und im Interesse der Bürger auch tatsächlich effizienter machen.

Wir setzen auf bürgerschaftliche Verantwortung in den Städten und Gemeinden.

Die Entwicklung unseres Landes ist ein eindrucksvoller Beleg für die Lebendigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet die Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort in bürgerschaftlicher Verantwortung. Sie gilt es zu stärken und auszubauen.

Kommunale Selbstverwaltung ist ohne eine gesicherte eigene Finanzausstattung der Kommunen nicht möglich. Die NRW-SPD hat den kommunalen Finanzausgleich zugunsten strukturbelasteter Städte neu geordnet und wird sich auch in Zukunft gegen bundesgesetzliche Eingriffe in die kommunale Finanzausstattung wehren. Sie erwartet eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfeausgaben der Städte und Gemeinden.

Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nehmen Bürgerinteressen wahr und haben damit einen erheblichen Anteil an der Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung.

Ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß öffentliche Verwaltung Dienstleistung für den Bürger ist; Verwaltung unterliegt damit politischer Verantwortung und Kontrolle.

Die SPD will Bürgerbeteiligung.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen Jahren die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei den Planungen der Verwaltung frühzeitig und umfassend wahrgenommen und

weiter ausgebaut. Neue Formen der Bürgerbeteiligung sind der nächsten Legislaturperiode zu diskutieren.

Abschied vom Obrigkeitsstaat – das war die Devise, und hier waren wir erfolgreich.

Diesen Weg wollen wir Sozialdemokraten weitergehen. Politik und Verwaltung müssen Bürgern Auskunft über ihre Belange geben.

Der Einfallstreue vor Ort muß noch mehr Eingang in die Verwaltung finden.

Neue und verbesserte Informationssysteme dürfen nicht nur Verwaltungsabläufe strukturieren, sondern sollen Entscheidungsabläufe sichtbar machen. Modelle von Bürgerauskunft und Servicestellen sind zu erproben.

Die Probleme der modernen Industriegesellschaft überschreiten oft die Grenzen des kommunalen Wirkungskreises.

Die Zusammenarbeit der Kommunen untereinander und mit dem Land hat unser Land zum gemeindefreundlichsten der Bundesrepublik gemacht.

Der so gesetzte Standard wird auch in einem geeinten Europa Anreiz und Vorbildfunktion haben. Er kann auch bei der Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in der DDR Anregung und Unterstützung sein.

Dabei wollen wir Sozialdemokraten kommunale Verwaltung daraufhin überprüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitikern verbessert werden kann.

Kommunales Handeln ist daraufhin zu überprüfen, wie Entscheidungsabläufe verkürzt und vereinfacht werden können. Dabei muß das Interesse der Bürger oberstes Ziel bleiben und Verwaltungshandeln für sie durchschaubar machen.

Die zunehmende Befrachtung von Aufgaben über den örtlichen Wirkungskreis hinaus hat die Kompetenzen und Handlungsspielräume der Kommunen zunehmend belastet.

Diese Belastungen treffen ehren- und hauptamtliche Kommunalpolitiker in gleicher Weise. Eine moderne Kommunalverwaltung muß ihnen Rechnung tragen. Dazu haben wir einen breiten Meinungsbildungsprozeß in Gang gebracht. Auf seiner Grundlage wird die NRW-SPD in der nächsten Legislaturperiode Vorschläge zur Neuordnung des kommunalen Verfassungsrechtes vorlegen.

- Sie sollen die Ehrenamtlichkeit des kommunalen Mandats sichern.
- Die Transparenz der Entscheidungsstrukturen ist zu verbessern, damit der Bürger erkennen kann, wer ihm gegenüber verantwortlich ist.
- Zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden gehört auch ein modernes Haushaltsrecht. Dieses Haushaltsrecht muß den Räten Dispositionsfähigkeit zu Prioritätensetzung bei gemeindlichen Aufgaben und Ausgaben einräumen. So kann eigenes Profil vor Ort am ehesten gewahrt werden.
- Die Einrichtung von Gleichstellungsstellen soll allerdings für Gemeinden und Kreise verpflichtend sein. Auch für die Kompetenzen sollte ein Mindestrahmen festgelegt werden.

13. Kultur ist Lebensqualität. Wir wollen das Bündnis mit den KünstlerInnen und Intellektuellen.

Sozialdemokratische Kulturpolitik steht in dem Spannungsverhältnis, schöpferisches, künstlerisches Schaffen in Freiheit und mit hoher Individualität zu ermöglichen und dabei auch eine künstlerische Avantgarde zu fördern. Gleichzeitig will sie der Bevölkerung den Zugang zum künstlerischen Werk ermöglichen.

Sozialdemokratische Kulturpolitik will sich nicht in finanzieller Förderung erschöpfen. Kulturarbeit ist dargestellte Wertorientierung. Je jünger die Menschen sind, denen Zugang zur Kultur ermöglicht wird, desto eher sind sie bereit, sich mit den immer stärker allein an kommerziellen Interessen ausgerichteten Produkten der Medien kritisch auseinanderzusetzen. Unsere Kulturpolitik will Mut zur Freiheit machen.

Dabei kann es keinen Gegensatz geben zwischen künstlerischer Qualität und der Teilhabe breiter Schichten.

„Kultur für alle“ ist die Leitlinie unserer Politik. Deshalb fördert die NRW-SPD die unterschiedlichen Formen künstlerischen Ausdrucks und lehnt es ab, „hohe Kultur“ und „Massenkultur“ gegeneinander auszuspielen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sehen in Kunst und Kultur keine Sondereinrichtungen für Eliten.

Mit einer neuen Stiftung, die ihre Arbeit jetzt aufnehmen wird, wollen wir für Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen noch bessere Entfaltungsmöglichkeiten schaffen.

Kunst und Kultur in der aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft sind Möglichkeiten zur Selbstentwicklung, die möglichst vielen offenstehen und an denen möglichst viele teilhaben sollen.

Wir Sozialdemokraten suchen das Bündnis mit Künstlerinnen und Künstlern, gegen Konsumismus und Vereinzelung, für eine erneuerte Kultur des Sozialen, gegen bloße Mitläufer des Zeitgeistes, für kulturelle Vielfalt, gegen elitäre, für aufklärerische Tradition.

Wir wollen Kreativität, Vielfalt und Pluralität statt Uniformität.

Die Landesregierung fördert bereits mit vielfältigen Maßnahmen das Filmschaffen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Diese Förderung soll noch wirksamer die Qualität steigern und noch gezielter entwicklungsbedürftigen Bereichen zugute kommen. Deshalb wollen wir ein wirksames Filmförderungsprogramm konzipieren.

Hierbei und in anderen Sparten des künstlerischen Arbeitens

sollen junge Künstlerinnen und Künstler besonders gefördert werden.

Die zeitgenössische Bildende Kunst in Nordrhein-Westfalen bedarf eines eigenen Forums für junge Künstlerinnen und Künstler; wir Sozialdemokraten werden auf bereits bestehenden Grundlagen den Aufbau eines solchen Forums betreiben.

Die außerordentlichen Anstrengungen des Landes zur Stabilisierung der Theaterszene waren erfolgreich; das Bild unserer Theaterlandschaft muß jedoch noch abgerundet werden. Daher ist ein weiterer kulturpolitischer Schwerpunkt die intensive Förderung der Privattheater und der Alternativtheater.

Auch die Darstellende Kunst wollen wir verstärkt fördern. Die neu zu schaffenden Veranstaltungen „Tanzszene NRW“ (Treffen nordrhein-westfälischer Tanztheater) und moderne Musiktheater in Nordrhein-Westfalen dienen diesem Ziel durch künstlerische Begegnungen und breite öffentliche Aufmerksamkeit.

Ermutigt durch die Präsentation in Leipzig 1989 wird Nordrhein-Westfalen seine kulturelle Leistungsfähigkeit auch weiterhin im „Europa der Regionen“ in Ost und West durch Kunst- und Kulturpräsentationen unter Beweis stellen.

Kunst und Musik verfügen über ein großes „Hinterland“ durch Vereine und Musikschulen. Dies fehlt aber in anderen künstlerischen Sparten.

Wir wollen die außerschulische kulturelle Bildung und die Arbeit ihrer Einrichtungen ausbauen. Ein darauf abgestimmtes Konzept von Modellversuchen soll innovative Schwerpunkte dieser Entwicklung fördern.

Durch die Förderung herausragender Projekte der Soziokultur sollen Kommunen ermutigt werden, bestehende Zentren auszubauen oder neue Zentren zu gründen.

Kultur und Tradition gehören unauflöslich zusammen. Gerade in einem Land, das seine Identität auch in seiner jüngeren Geschichte findet, muß kulturelles Erbe gesichert und vor Zerfall bewahrt werden. Das Land nimmt diese Aufgabe ernst und wird die Bibliotheken und Archive bei der Restaurierung und Pflege ihrer Bestände unterstützen.

Das Interesse vieler Menschen in Wirtschaft und Handel an Kunst und Kultur wächst. Das Land soll durch Stiftungen wie die Kunstsammlung NRW, die Nordrhein-Westfalen-Stiftung für Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, die Stiftung Kunst und Kultur sowie die Filmstiftung NRW Fachleute, Künstler, Mäzene und Sponsoren zu gemeinsamen Anstrengungen zusammenführen.

14. Medien prägen unsere Zeit.

Unsere Kultur, unser gesellschaftliches, politisches und persönliches Leben werden in zunehmender Weise von Fernsehen und Radio, Zeitungen und Zeitschriften sowie der Musik widerspiegelt, ausgedrückt und bestimmt. Viele Menschen nehmen die durch die Medien vermittelte Welt als Wirklichkeit wahr. Was von den Medien nicht aufgegriffen wird, hat oft keinen Ereignischarakter. Damit findet auch eine Verengung demokratischer Öffentlichkeit statt.

Einer neuen Medienindustrie, beherrscht durch nationale und internationale Konzerne, ist beträchtliche Macht über das Fühlen und Denken der Menschen zugewachsen. Deshalb ist Medienpolitik notwendig.

Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß unsere gesellschaftliche Öffentlichkeit nicht von mächtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen kontrolliert und bestimmt werden kann. Eine wirkliche pluralistische und demokratische Öffentlichkeit existiert erst dann, wenn sich auch die Interessen und Meinungen von demokratischen Minderheiten wahrnehmbar ausdrücken können. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen müssen chancengleichen Zugang zur Öffentlichkeit haben.

Wir Sozialdemokraten wollen die Mitbestimmung aller, die in den Medien tätig sind, vor allem derer, die an Programm und redaktioneller Arbeit mitwirken.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat bisher in Nordrhein-Westfalen einen unverzichtbaren Beitrag zur Entfaltung publizistischer Vielfalt und künstlerischer Freiheit geleistet. Der breite Programmauftrag dieses Rundfunks mit kultureller Qualität muß erhalten bleiben, damit Billigprodukte nicht eigenständige Kulturproduktionen verdrängen. Diese Qualität hat ihren Preis. Auch werbefinanzierter Rundfunk wird nicht zum Nulltarif angeboten, sondern vom Verbraucher über den Preis bezahlt.

Dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen obliegt die unerläßliche Grundversorgung. Sie besteht in einem umfassenden Angebot an Information, politischer Meinungsbildung, Unterhaltung, Bildung, Beratung und kulturellen Beiträgen. Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen daher durch eine rundfunkspezifische Gebührenent-

wicklung gewährleistet werden. Er muß vor allem gegen parteipolitische Einflußnahme gesichert und wirtschaftlich unabhängig sein.

Wir erwarten vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Programmkultur, für die nicht allein die Einschaltquote Maßstab ist und in der kritische und provokative Beiträge nicht einer bequemen Ausgewogenheit geopfert werden. In Journalismus und Unterhaltung stützen wir alle, die die Wirklichkeit kritisch durchleuchten wollen und neue Ideen haben.

Nordrhein-Westfalen geht mit dem Lokalradio-Modell einen neuen Weg im Rundfunk.

Wir Sozialdemokraten unterstützen das Lokalradio als das einzige Radio in der Bundesrepublik das in der Verantwortung von Bürgern veranstaltet wird. Wir setzen darauf, daß Gruppen in unserem Land sich selbst zu Wort melden und Sendebetrieb in eigener Verantwortung erstellen.

Wir setzen uns für eine Film- und Hörspielförderung in Nordrhein-Westfalen ein, mit der auch freie und unabhängige Film- und Fernsehproduzenten, Autoren und Schauspieler ihre Kreativität auf einer tragfähigen materiellen Basis entfalten können.

Nordrhein-Westfalen hat mit seinen Produzenten und Produktionstätten, mit der Kreativität seiner Künstlerinnen und Künstler und vor allem mit seinem politisch offenen und liberalen Klima die Chance, ein europäisch bedeutsamer Medienstandort zu werden. Dazu gehört auch, daß neue Techniken angewandt werden.

Angesichts der steigenden Bedeutung der elektronischen Medien wird die Förderung ursprünglicher Ausdrucks- und Wahrnehmungsformen immer notwendiger. Unsere Kultur ist auf das Lesen angewiesen. Wir Sozialdemokraten werden es fördern.

Musik- und Sprechtheater, bildende Kunst und Museen, Bibliotheken und Vortragsforen, Bürgerhäuser und Vereine sind nicht nur Medien, die Anwesenheit und Aufmerksamkeit erfordern sondern auch Orte der Begegnung und des Gesprächs. Unsere Demokratie lebt von der Neugierde und Interessiertheit der Spontaneität und der Ausdrucksfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger.

15. Unser Sportland Nordrhein-Westfalen.

Sport ist Teil des Lebens vieler Menschen. Er trägt zu ihrer Unterhaltung, Gesundheit und Lebensfreude bei, erfüllt ihr Bedürfnis nach Bewegung, Spiel und Leistung, ermöglicht ihnen Gemeinsamkeit und soziale Integration, und er fördert ehrenamtliche Mitarbeit in Verein und Verband. Über Altersgruppen hinweg führt der Sport Menschen zusammen; für behinderte Menschen und ausländische Mitbürger bietet er eine wichtige Möglichkeit zur Integration.

Vereine, Kommunen und Land haben in fairem Zusammenspiel in Nordrhein-Westfalen in Umfang und Vielgestaltigkeit die größte Sportlandschaft Europas geschaffen.

Wir Sozialdemokraten wollen die Menschen zu sportlicher Betätigung anregen. Dies ist eine bürgerschaftliche Aufgabe, die der Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden bedarf.

- Der Zugang zum Sport muß allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Staat und Kommunen sind verpflichtet, dies weiterhin zu ermöglichen.
- Wegen der sozialpolitischen Bedeutung des Sports darf es auch angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung keine Einschränkungen oder gar den Ausschluß von der aktiven Teilnahme geben. Die „soziale Offensive“ im Sport muß weitergehen, um auch allen, die bisher am Rande der Gesellschaft oder des Sports stehen, den Zugang zum Sport zu erschließen.
- Der Sport in allen Sektoren des Bildungswesens – besonders im Schulsport, dem in erster Linie prägenden Sport für

alle – ist an den umfassenden Aufgaben von Bildung und Erziehung zu orientieren. Auch den weniger Begabten muß der Weg zu einem lebenslangen Sporttreiben gezeigt werden.

- Selbstorganisation und Selbsthilfe in Sportvereinen sind in unserer Gesellschaft unersetzbar. Die Gemeinnützigkeit der Sportvereine muß erhalten bleiben. Ehrenamtliche Jugendarbeit und Angebote zur Gesunderhaltung aller Bürgerinnen und Bürger begründen diesen Anspruch in besonderem Maße.
- Zur medizinischen Betreuung der vielen sporttreibenden Bürgerinnen und Bürger muß allen Ärzten das notwendige Sachwissen vermittelt werden. Es sind daher umfassende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Ärzte zu initiieren. Ferner ist die Sportmedizin in die ärztliche Ausbildungsordnung aufzunehmen.
- Beim Umgestalten der Städte sind die Elemente einer sportgerechten Stadt in das Leitbild der Stadtentwicklung zu integrieren. Über den Sport müssen Naturbegegnungen und Naturerlebnis möglich bleiben. Der Sport selbst muß in einem differenzierten Selbstbeschränkungskonzept dazu beitragen, daß die Sportlerinnen und Sportler nicht durch eine extreme Ausnutzung der Landschaft dazu beitragen, daß wichtige Lebensgrundlagen zerstört werden.
- In der Medienentwicklung und Mediengesetzgebung ist zu sichern, daß auch in Zukunft Sportereignisse Teil der freien Berichterstattung bleiben.

16. Wir in Nordrhein-Westfalen und unsere SPD.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen halten den Föderalismus für die richtige staatliche Organisationsform. Sie lehnen zu starke Zentralgewalt als gleichmacherisch und unefektiv ab. Sie wissen: Nur starke kommunale Selbstverwaltung und handlungsfähige Länder mit ausreichenden Kompetenzen sind bürgernah und flexibel genug, um neue Probleme schnell anzupacken und liebenswerte traditionelle Eigenarten zu bewahren.

Große und anonyme Einheiten haben Reibungs- und Kommunikationsverluste. Die beteiligten Menschen sind wegen des Zwangs zur Spezialisierung meist weniger gut motivierbar. Der Bezug zwischen Planung und Ausführung wird undeutlich und die notwendige Plankorrektur erheblich erschwert.

Im staatlichen Bereich wie in der Produktion zeigen sich überschaubare Einheiten als anpassungsfähiger, flexibler und kreativitätsfördernd. Dies bietet Schutz vor schleichender Erstarrung. In diesem Sinne sind die moderne Form der Organisation und die moderne Form, Krisen zu bewältigen, auf dezentrale, kleinräumige Strukturen angelegt.

Föderalismus ist modern – ihm gehört die Zukunft.

Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sagen: Zentral wo nötig, regional wo möglich.

Auch im Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern der DDR sagen wir: Wir sind ein Volk, aber wir wollen Vielfalt und Pluralität statt Uniformität.

Die Bewahrung von Eigenart läßt Individualität zu und eine kulturelle Geborgenheit, die Heimat bietet, die stabil macht. Entwurzelung schafft Aggressivität. Friedliche Entwicklung braucht Geborgenheit.

Das ist kein Gegensatz zur notwendigen Öffnung für Europa.

Im Gegenteil: Immer mehr Probleme sind nur übernational, europaweit oder international in den Griff zu bekommen.

Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik, Währungsstabilität, Sicherheitspolitik und Forschungsförderung sind als ausschließlich nationale Politik nicht mehr vorstellbar.

Die Veränderung in den Kompetenzen zwischen Nationalstaat, Europäischer Gemeinschaft und Regionen wollen wir Sozialdemokraten im Geiste eines europäischen Föderalismus anstoßen. Für eine demokratische Kontrolle und Legitimation Europas wollen wir uns einsetzen.

Europäisierung auf der einen Seite und Stärkung der Region auf der anderen ist ein Zukunftstrend, den wir unterstützen, weil er vernünftig ist und den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, Kompetenzen auf „höhere Ebenen“ zu delegieren, wächst mit dem Maße, wie sie im überschaubaren Rahmen stärker regeln können, was regional und vor Ort regelbar ist.

Auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist regional und vor Ort viel realistischer. Der gesellschaftliche Bedarf an Arbeit ist offensichtlich. Kreative Lösungen, wie die notwendige Arbeit zusam-

mengebracht werden kann mit denen, die Arbeit suchen, sind vor allem vor Ort zu entwickeln und durchzusetzen.

Für jede Sozialdemokratin und für jeden Sozialdemokraten ist klar:

Das Angebot an Arbeitsplätzen muß steigen.

Das Angebot an Arbeitsplätzen muß weit über die Zahl der arbeitslos Gemeldeten hinaus steigen, wenn allein die wachsende Nachfrage bislang noch nicht berufstätiger Frauen nach Arbeitsplätzen gedeckt werden soll.

Wenn zum Beispiel die Frauenerwerbsquote in der Bundesrepublik Deutschland, die unter dem europäischen Durchschnitt liegt, auf ein international heute bereits übliches Maß steigen sollte, werden drei Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze benötigt. Jeder merkt: Ohne Arbeitszeitverkürzung geht das nicht.

Die nordrhein-westfälische SPD führt die Diskussion über die Zukunft der Regionen, die Neugestaltung des Föderalismus über die Zukunft der Arbeit und vieles andere mehr seit Jahren aktiv, konzeptionell und im Kontakt mit Experten verschiedener Fachrichtungen.

Die NRW-SPD stellt sich allen Debatten, die es in der Gesellschaft gibt. Sie repräsentiert Erneuerung und Vielfalt. Sie streitet in besonderer Weise gegen Privilegierung und Verhärtung in der Gesellschaft.

Demokratien sind sehr viel weniger anfällig zu verhärten als totalitäre Systeme. In einer demokratischen Gesellschaft muß es zur ständigen Aufgabe gehören, Fehlentwicklungen zu korrigieren. In unserer Gesellschaft wirkt auf viele Menschen das Reden von Gerechtigkeit und Freiheit zynisch, weil ihnen die Voraussetzungen für freie Entfaltung, für persönlichen Aufstieg vorenthalten werden. Es gibt bei uns nach wie vor Elemente der Privilegierung und Unterprivilegierung.

Die SPD streitet gegen Privilegierung und Verhärtung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Sie war immer die Partei der Freiheit von Meinungen – unser Kampf gegen Zensur von Presse und Literatur ist bekannt.

Sie war immer die Partei der Freiheit am Arbeitsplatz – wir streiten mit den Gewerkschaften für Mitbestimmung, gegen Arbeitgeberwillkür und gegen Aussperrung.

Sie ist die Partei des Wahlrechts – schon im Kaiserreich hat die SPD für das allgemeine Wahlrecht gestritten, Bebel hat das Frauenwahlrecht gefordert gegen Konservative und Nationalisten.

Sie ist die Partei der Kontrolle staatlicher Willkür – sie hat die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes und der Geheimdienste durchgesetzt – gegen die Pläne Konservativer und gegen den Widerstand ehemaliger Nationalsozialisten in den Diensten.

Es gehört zur Tradition der NRW-SPD, Menschen unterschiedlichen Denkens und unterschiedlicher Bedürfnisse zusammen-

zuführen, unter einem gemeinsamen Ziel zu einigen, um zu wirkungsvollem politischen Handeln zu kommen.

Besonders stolz ist die NRW-SPD darauf, daß sie bereits 1980 als erste politische Kraft die damals noch widerstreitenden Positionen Ökologie und Ökonomie und die für soziale Gerechtigkeit und geistige Freiheit Streitenden auf ein gemeinsames Politikkonzept verpflichten konnte.

1980 schrieb die NRW-SPD, was auch heute gilt:

„Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit, für freie Entfaltung, für Sicherheit aller Bürger. Das gilt für die Bundesrepublik Deutschland, das gilt für unser Land Nordrhein-Westfalen. Leistung und dauerndes Ziel der Sozialdemokratie ist es, den Kampf für soziale Rechte und den Kampf für geistige Freiheit miteinander zu verbinden. Das eine ist ohne das andere wirkungslos. Sozialdemokraten erfüllen diese doppelte Aufgabe. Sie vertreten gleichermaßen die Interessen der arbeitenden Menschen an mehr sozialen Rechten und dem Abbau von Privilegien wie die Interessen aller Menschen, die geistige Freiheit in einer offenen Gesellschaft wollen. Dieses Bündnis der Vernunft ist die Voraussetzung für den Erfolg der Sozialdemokratie.“

Die NRW-SPD ist ein Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ist der sozialdemokratischen Bewegung Europas und der Welt verpflichtet. Sie steht zu den gemeinsamen Grundsätzen, aber sie ist auch in besonderer

Weise stolz auf ihre Bodenständigkeit und Verwurzelung im Lande.

Die NRW-SPD erkennt die historische Chance, die in der gegenwärtigen Entwicklung Europas liegt. Sie will an diesem Prozeß gestaltend teilhaben und reicht dazu ihre Hand allen Bürgerinnen und Bürgern, die mitwirken wollen.

Die Nachkriegszeit ist nun endgültig zu Ende gegangen. Deutlich ist, daß zukünftige Lösungen aus Konzepten der Vergangenheit nur noch begrenzt abgeleitet werden können. Die gegenwärtige Phase des Umbruchs bietet die Chance großer Umbauten und Neugestaltungen. Dies ist gerade für die Jungen ein ermutigendes Zeichen. Sie sind aufgerufen, sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Neue Bewährungsfelder, aber auch Chancen der Gestaltung warten auf sie. In einigen Bereichen werden Pionierleistungen erwartet, die Gestaltungsspielräume bieten, von denen man vor Monaten nicht zu träumen wagte.

In den letzten Monaten muß bei den Jungen die Gewißheit gewachsen sein: Sie werden gebraucht. Die NRW-SPD wird dafür eintreten, Kontinuität und Neuanfang sinnvoll zusammenzuführen.

Dieser Brückenschlag zwischen Bewahren und Neuanfang ist auch ein Brückenschlag zwischen den Generationen.

Auch hier gilt für uns: versöhnen statt spalten.